

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittage jeden Werktages. Abonnementpreis mit illustr. Beilage „Wolk u. Zeit“ frei Haus pro Woche — Montag bis Sonnabend — 45 Reichspf. Einzelverkaufspr. 10 Reichspf.

Redaktion: Johannisstraße 46

Telefon { 905 nur Redaktion  
926 nur Geschäftsstelle

Anzeigenpreis für die achtgespaltene Zeile oder deren Raum 25 Reichspfennige, auswärtige 30 Reichspfennige. Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 20 Reichspfennige. Reklamen 90 Reichspf.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46

Telefon { 926 nur Geschäftsstelle  
905 nur Redaktion

# Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 137

Mittwoch, 16. Juni 1926

33. Jahrgang

## Wer marschiert?

### Die Schlange!

Dr. L. Lübeck, 16. Juni.

In normalen Zeiten spricht der „General-Anzeiger“ viel und gern von sachlicher Arbeit, gegenseitiger Achtung, vom Ausgleich der politischen Gegensätze usw. In normalen Zeiten! Stehen aber wichtige politische Entscheidungen bevor, dann vergißt er sein gewöhnliches Prinzip und klettert in einen anderen Keller. In den Keller, wo der Morast, der Unrat, die stinkende Brut aller Lügen und Verleumdungen haufenweise herumliegen. Wenn ihm aber auch dieses Lager an Schmutz und Verleumdung nicht ausreicht, wenn er noch kräftigere Laute von sich geben will, dann wendet er sich an — Herrn Haase, gen. Lampe.

Wir sind ja für das geistige und moralische Niveau des „General-Anzeigers“ nicht verantwortlich. Möge er also seine Mitarbeiter da holen, wo es ihm gefällt. Aber uns wird man nicht zumuten können, daß wir uns mit einer politischen Entscheidung von der inneren Unwahrhaftigkeit, der eiteln Unrechtheit und der absoluten politischen Charakterlosigkeit eines Haase herumschlagen.

Wir lehnen deshalb jede Diskussion mit ihm ab. Um aber den Lesern des „General-Anzeigers“ ein Urteil über die „Erklärung an Eidesstatt“ des Herrn Haase zu ermöglichen, möchten wir folgende kurze Feststellungen machen:

1. In der Vorstandssitzung der Sozialdem. Partei, die Haases Ausschluss zu beantragen beschloß, waren nicht 4 Mitglieder, sondern 8 anwesend. Der Beschluß wurde mit 6 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

2. Der „bewährte sozialdemokratische Senator“ ist Senator Mehrlein. Dieser hat uns berechtigt zu erklären: Er habe sich niemals um ein Schiedsgericht bemüht. Auch die übrigen Behauptungen Haases seien in den wesentlichen Punkten unwahr.

3. Sämtliche sozialdemokratische Senatoren haben beim Volksentscheid absteils gestanden. Das weiß in Lübeck jeder Mann. Sie sind sich heute aber einig darin, daß sie einem Neumann, dessen Aufsichtsratsvorsitz bei Hugenberg ihnen bekannt gewesen wäre, niemals ihr Vertrauen oder ihre Stimme gegeben hätten.

Wir könnten aus diesen drei sachlichen Feststellungen die Schlussfolgerung ziehen, daß die eidesstattliche Erklärung des Herrn Haase eine meinedesstattliche Lüge ist. Wir legen jedoch auf diese Schlussfolgerung nicht den geringsten Wert, da es uns seit langem — er war ja einst auch unser Mitarbeiter — bekannt ist, daß Herr Haase-Lampe den Unterschied zwischen Wahrheit und Lüge überhaupt nicht kennt. Dafür fehlt ihm einfach der notwendige Sinn; irgendwelchen Vorwurf darf man ihm daraus nicht machen.

Dürfen wir uns übrigens eine ganz kleine Nebenbemerkung, nur in losem Zusammenhang, erlauben? Die so oft erwähnten „altbewährten Genossen“ scheinen mehr und mehr zusammenzuschmelzen. Jetzt werden Braun und Sennering auch nicht mehr dazu gerechnet. Wer bleibt denn da schließlich übrig? Der ehemalige sozialdemokratische Senator Friedrich allein macht's doch schließlich auch nicht.

Der Haasedreck allein genügt aber dem edlen Hugenberg-Mat in der Königstraße nicht. Es fehlt auch seinen eigenen Hinterschmälz in Erregung! Jawohl, wir haben das Blatt „Hugenbergblatt“ genannt. Und wir haben dafür unsere Gründe angegeben. Weshalb haben wir bis heute keine Antwort?

Nicht erst seit heute verfolgen wir die Berliner Meldungen des General-Anzeigers. Sie stimmen oft wörtlich überein mit den Meldungen des „Tag“ und des „Lokal-Anzeigers“. Sie sind verfaßt von dem bekannten Kretz, der im Hauptberuf Hugenbergjournalist ist und so nebenbei seine Meldungen auch an den Lübecker General-Anzeiger verhölet. Einst zeichnete dieser

diese Meldungen mit einem K. Das hat er sich abgewöhnt, wahrscheinlich schämte er sich doch ein bißchen. Der ekelhafte Kampf, den der General-Anzeiger seit einiger Zeit gegen die preussische Regierung führt, ist ja auch nur durch die Hugenbergquelle zu erklären.

Es ist das die Dankeschuld des Hugenbergverlages an seinen langjährigen - Verwaltungsratsvorsitzenden Dr. Andreas Neumann.

Der heutige Leitartikel desselben Blattes mit der Überschrift „Wir marschieren“, gegen den Volksentscheid könnte ebenso gut im Feidericus stehen. Die klare nordische Luft, von der uns Herr Th. dieser Tage erzählt hat, scheint sehr schnell einem anderen Gasgemisch Platz gemacht zu haben.

Wir wissen, daß die ungeheure Demonstration der Berliner Bevölkerung, daß vor allem die allgemeine Volksstimmung eine peinliche Nervosität hervorgerufen hat bei den Fürstenfeinden und bei den Fürstenjünglingen. Aber seine fünf Sinne sollte doch der Leitartikler eines unabhängigen Blattes der Mitte noch behalten.

Denn was da den General-Anzeiger-Tanten erzählt wird: O je! Der trostlos schmerzliche Apparat des Reichstags laufe zu langsam, deshalb sei eine vernünftige Fürstenabfindung noch nicht zustande gekommen. Es ist also dem braven Journalisten völlig entgangen, daß der Reichstag die Abfindungsgehe längst erledigt, nämlich abgelehnt hat. Alle diese Geheße sind nämlich als verfassungsändernd erklärt, die Völkischen und Deutschnationalen können sie allein zu Fall bringen. Ein Geheß über die Abfindung der Fürsten ist also überhaupt nur durch den Volksentscheid oder durch Reichstagsneuwahl herbeizuführen.

Weshalb erzählen Sie das Ihren Lesern nicht, Herr Th.? Die zweite große Weisheit des Gen.-Anz. ist die Rechnung mit den 20 Millionen. Er wirft dem „Vorwärts“ vor, daß er mit einem kleinen Manöver Rein-Wähler an die Urne locken wolle, um erst mal 20 Millionen Stimmen herbeizuführen. Als ob das irgend eine Bedeutung hätte! Die Verfassung schreibt vor, daß 20 Millionen Ja-Stimmen aufzubringen sind. Das war dem sonst so braven Hugenberg-Sklaven in der Königstraße offenbar bisher nicht bekannt geworden.

Im übrigen, meine Herren, wenn Sie so sicher sind, daß zwei Drittel des deutschen Volkes hinter den Fürsten stehen, weshalb denn Stimmenthaltung? Weshalb glänzenden Sieg können Sie erreichen gegen die Sozialdemokraten, wenn Sie den Volksentscheid mit Zweidrittelmehrheit gewinnen würden.

Wie steht's damit? — Haben Sie vielleicht doch nicht genügend Vertrauen zu Ihrer Zweidrittelmehrheit? Weshalb spekulieren Sie denn auf die große Partei der Nichtwähler und der toten Stimmen? 42.000 Stimmen sind in Lübeck zum Volksbegehren aufgebracht worden; die neueste Stimmzettel-Kontrolle hat bewiesen, daß es nur rund 80.000 Wahlberechtigte in unserer Stadt gibt. Weit über die Hälfte unserer Bevölkerung hat sich also im Volksbegehren gegen die Fürsten ausgesprochen. Bei einer richtigen Abstimmung würde sich erweisen, daß zwei Drittel unserer Bevölkerung gegen die Fürsten, für das Volk sind.

Nicht Hindenburg oder Sozialdemokratie ist die Parole.

Das ist die Heuchelparole der Schlange, die sich im Staube kriechend durch die Politik wälzt.

Die wirkliche Parole heißt:

Das verarmte Deutschland darf nicht Milliarden seines Volksvermögens nach Holland schicken. Das Volksvermögen gehört dem Volk. Seine Not, sein Elend müssen gemildert werden.

Die Frage heißt deshalb:

Soll das deutsche Volk sein Vermögen selbst verwalten und selbst behalten?

Die Antwort lautet:

**Ja!**

## Gegen den Wahlterror!

### Eine amtliche Erklärung

Amtlich wird mitgeteilt:

Zahlreiche Einzelfälle lassen erkennen, daß mit Mitteln wirtschaftlichen Boykotts, insbesondere der Androhung der Lösung von bestehenden Vertragsverhältnissen oder geschäftlicher Schädigung selbständiger Existenzen versucht wird, diejenigen Staatsbürger, die gewillt sind, sich an der Abstimmung über den Volksentscheid zu beteiligen, einzuschüchtern und von der Stimmausgabe abzuhalten.

Demgegenüber wird darauf aufmerksam gemacht, daß ein solches Unterfangen nicht nur dem Geiste der Verfassung widerspricht, sondern unter Umständen auch auf zivilrechtlichem Gebiet ernste Folgen für derartig sittenwidrig handelnde Personen nach sich ziehen kann.

Der Artikel 118 der Reichsverfassung gewährleistet jedem Deutschen das Recht freier Meinungsäußerung und bestimmt ausdrücklich, daß ihn an diesem Rechte kein Arbeits- oder Anstellungsverhältnis hindern und niemand ihn benachteiligen darf, wenn er von diesem Rechte Gebrauch macht. Ein sehr wesentlicher Fall der Ausübung des Rechts der freien Meinungsäußerung ist die Ausübung des Wahl- oder Abstimmungsrechts. Die Bestimmung der Reichsverfassung Artikel 118 Abs. 1 Satz 2 ist unmittelbar anwendbares Recht, so daß z. B. kein Richter in einer verfassungsmäßigen freien Meinungsäußerung durch Stimmausgabe

einen Entlassungs- oder Kündigungsgrund für ein bestehendes Vertragsverhältnis erblicken kann. Würde ein Vertragsverhältnis gleichwohl daraufhin beendet oder sonst ein wirtschaftlicher Nachteil wegen Beteiligung an der Abstimmung bereitet werden, so könnte, da die fragliche Bestimmung der Reichsverfassung ein zum Schutze des Staatsbürgers ergangenes Schutzgesetz bedeutet, ein Schadenersatzanspruch aus § 823 Abs. 2 B. G. B. gegen den Schädiger geltend gemacht werden.

## Die katholische Jugend stimmt mit Ja!

SPD. Eilen, 15. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Die katholische Jugend des Industriegebietes verbreitet ein Flugblatt zum Volksentscheid, in dem es heißt, daß die katholische Jugend eine Neutralität am 20. Juni für unmöglich hält. So sehr auch die sozialistische Fassung des Geistesentwurfes den Katholiken die Zustimmung erschwert, sei sie trotzdem für eine Verjahung des Geistesentwurfes, weil weder die Regierung des Landes, noch die Gerichte, noch der Reichstag es vermögen haben, ein zufriedenstellendes Kompromiß herbeizuführen: „Aus diesem Grunde werden am kommenden Sonntag alle Freunde der katholischen Jugend für die Zurückziehung des Fürstenermögens stimmen.“

## Das Kabinett Briand demissioniert

### Bildung eines zehnten Kabinetts Briand?

Die am Dienstag durch den Rücktritt des Finanzministers Peret eröffnete Krise der Regierung hat zur Demission des Gesamtkabinetts geführt. Die Ereignisse haben folgenden Verlauf genommen: Der für Dienstag vormittag um 10 Uhr angeordnete Ministerrat mußte für eine Weile vertagt werden, da kurz vor seinem Beginn Briand und Peret bei dem Präsidenten der Republik erschienen, dem Peret mitteilte, daß er beabsichtige, seine sofortige Entlassung einzureichen. Der Präsident entschied sich daraufhin, dem Ministerrat nicht beizuwohnen, der dann in der Form eines Kabinettsrats tagte, bei welchem das offizielle Kommuniqué, welches den Abgang Perets begleiten sollte, festgelegt wurde. Das Kommuniqué hat folgenden Wortlaut: „Der Finanzminister hat dem Kabinettsrat mitgeteilt, daß außer dem Hause der fremden Deputierten die Abwesenheit gewisser wesentlicher Unterstützungen, auf die die Regierung berechtigterweise zählen durfte, ihm unmöglich mache, sein Amt weiterhin auszuführen. Er hat hinzugefügt, daß es ihm andererseits notwendig erscheine, eine parlamentarische und politische Bildung zu ermöglichen, die den Wünschen seiner Auffassung entspricht, welche eine gemeinsame Anstrengung gegenüber der gemeinsamen Gefahr fordert. Herr Peret hat demnach erklärt, seinen Abschied nehmen zu wollen.“

Am Dienstag nachmittag fand eine Sitzung der Kammer statt. Die Interpellation des kommunistischen Abgeordneten Cahin hatte sich mittlerweile um drei weitere vermehrt. Der radikale Sozialist Denis fragte die Regierung, mit welchen Maßnahmen sie der wirtschaftlichen Unordnung ein Ende bereiten wolle. Die Genossen Blum und Auriant fragten, warum der Finanzminister gegangen sei. Franklin Bouillon interpellierte über die Notwendigkeit, ein Ministerium der nationalen Einigkeit zu bilden. Der Ministerpräsident bitter, die Beratung auf Donnerstag zu vertagen. Die Interpellanten sprachen zu ihren Anfragen. Die rednerischen Töne sind gedämpft. Die Stimmung im Hause ist gedrückt. Man weiß nicht, wohin man geht. Der Kernpunkt jedes Satzes ist: Warum ist Peret gegangen? Was bedeutet die Regierung in nun? Der Ministerpräsident Briand beantragt die Vertagung sämtlicher Interpellationen. Diese Vertagung wird mit 309 gegen 159 Stimmen angenommen.

Nach Schluß der auf Donnerstag vertagten Kammer fand um 6 Uhr der Kabinettsrat statt, welcher die Gesamtdemission des Kabinetts beschloß. In einem Kommuniqué wurde dieser Schritt wie folgt begründet: „Nach Prüfung der Situation, wie sie durch den Abgang des Finanzministers geschaffen ist, war der Rat einstimmig der Auffassung, daß es nicht möglich sei, zu einer einseitigen Ersetzung zu schreiten, sondern daß es geboten erscheine, durch Gesamtdemission des Kabinetts dem Staatsoberhaupt die volle Freiheit für die Auslegung der Lage einzuräumen.“

Die Fassung des Kommuniques wird dahin ausgelegt, daß Briand selbst mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt werden wird. Man glaubt, daß er annehmen und versuchen wird, auf breiterer Grundlage als bisher eine neue Regierung zu bilden. Den Ausfall dieses Versuches beurteilt man jedoch skeptisch. Der Präsident der Republik wird am heute Mittwoch vormittag mit den Parteiführern beraten.

Die Gründe des Rücktritts des Finanzministers bleiben zur Stunde unklar. Man weiß nicht, was er mit den Worten „wesentliche Unterstützungen“, auf die die Regierung zu zählen berechtigt gewesen ist, gemeint hat. Soll darunter die Bank von Frankreich verstanden sein? Dann verheißt man schwer, warum Peret seinen Rücktritt als eine Demonstration für die Bildung eines Ministeriums der nationalen Einigkeit darstellte. Hat Peret sich für seine Freunde von der Hochfinanz geopfert? Oder ist ihm die Verantwortung für deren Politik in letzter Stunde zu schwer gefallen, was angesichts des rapiden Sturzes des Frankens in den letzten Tagen nur zu begreiflich wäre.

\*

Paris, 16. Juni. (Radio.)

Man nimmt hier als sicher an, daß der Präsident der Republik Briand erneut mit der Regierungsbildung beauftragt wird. Es ist infolgedessen von Interesse, folgende Erklärungen Briands zu beachten, die dieser gestern in später Abendstunde einigen Journalisten gemacht hat. Er hat die politische Situation dahin zusammengefaßt, daß es nach seiner Ansicht unmöglich sei, ein Ministerium der nationalen Einigkeit zustande zu bringen. Die beste Lösung der schwerwiegenden Krise betrachte er in der Bildung einer Regierung, in der eine Anzahl von hervorragenden Persönlichkeiten aus verschiedenen Parteilagern nebeneinander vertreten wären. Eine solche Regierung wäre in der Lage, die Stabilität des Kabinetts zu sichern und das Werk des Finanzaufbaues zu erleichtern.

Die zurückgetretenen Minister versichern, daß Briand den Versuch machen will, eine Regierung zu bilden, der eine Anzahl von hervorragenden Persönlichkeiten, namentlich Herriot, Poincaré, angehörenden würden. Andere Kabinette, wie etwa ein Ministerium Herriot oder ein Ministerium Steeg werden ebenfalls erwogen.

Paris, 14. Juni. (Eig. Draht.) Die französisch-spanische Marokko-Konferenz hat am Montag nachmittag um 1 Uhr im Außenministerium begonnen, nachdem Ministerpräsident Briand den Konferenzmitgliedern ein Frühstück gegeben hatte. In der ersten Sitzung wurde lediglich die Tagesordnung für die fernere Arbeit der Konferenz ausgearbeitet. Beraten wurden vor allem Maßnahmen zur allgemeinen Befriedung des Rif, Abmachungen über ein Ubergreifen des Rifsystems an der Grenze der beiden Zonen und die Errichtung einer gemischten Verwaltung in den Gebieten der Stämme, die von der französisch-spanischen Zonengrenze durchschnitten werden.

# Wilhelms Sparkassenbuch

Wilhelm war sein Leben lang geizig. Vom ersten Jahre seiner Regierung an nahm er von der Staatskasse regelmäßig einige Millionen Mark für seine „Privatschatulle“ in Anspruch. Das persönliche Gehalt gab er aber nicht aus. Er sparte und legte das Geld in Aktien und Hypotheken an. So verdiente er alljährlich hohe Zinsen, die zum Kapital gezeichnet wurden.

Sein Sparkassenguthaben entwickelte sich wie folgt:

Jahr	Vermögen:	Zinsen:
1888:	1 467 689	34 895
1889:	1 904 951	53 729
1890:	4 137 272	111 170
1891:	5 066 961	183 861
1892:	6 284 153	222 188
1893:	7 392 875	276 367
1894:	8 682 160	315 669
1895:	10 311 983	372 008
1896:	11 436 392	431 278
1897:	12 308 275	462 227
1898:	13 435 942	474 996
1899:	13 086 473	537 177
1900:	13 394 112	510 036
1901:	14 831 036	548 013
1902:	16 031 856	609 746
1903:	17 496 754	648 231
1904:	18 446 519	732 571
1905:	19 690 834	784 905
1906:	20 536 481	828 531
1907:	20 309 419	868 946
1908:	21 594 456	913 466
1909:	23 436 400	931 846
1910:	25 430 732	1 013 125
1911:	27 110 761	1 035 176
1912:	28 231 095	1 215 838
1913:	29 279 281	1 312 217
1914:	30 907 738	1 348 245
1915:	33 447 810	1 376 495
1916:	36 229 470	1 598 149
1917:	39 610 029	1 700 037
1918:	41 200 000	1 800 000

Zusammen Privatchatulle bei Ausbruch der Revolution ca. 43 000 000 Mark.

Diese 43 Millionen Mark waren aber nicht in Kriegsanleihe angelegt — das überließ man dem „Vöbel“ —, sondern in guten Industrieaktien, in mündelicheren Wertpapieren, in Hypotheken, und zwar zum Teil im Ausland. Für sich hat Wilhelm der Habgierige immer gut zu sorgen gewußt. Jetzt will er die letzte Gelegenheit wahrnehmen, um uns das Geld über die Ohren zu schießen, während das Volk im Krieg auf Hindenburgs Worte: „Das beste Geschenk zu meinem Geburtstag ist Kriegsanleihe“ hereinfiel und durch die deutsch-nationalen Abwertungsgeetze für 100 Mark höchstens noch 2,50 Mark erhält.

Es ist darauf nur eine Antwort möglich: Das Kreuz in den „Ja“-Kreis setzen!

## Sparer und Volksentscheid

Jeder stimmt mit Ja!

S.D. Der Hypothekengläubiger- und Sparerhüterverband hat jetzt endlich zum Entzagen der deutsch-nationalen und volksverleumdenden Aufwertungsgeetze Farbe bekant und in einer Entschließung zum Volksentscheid Stellung genommen:

Der Sparerbund will demnach ein Aufwertungs-Volksbegehren mit anschließendem Volksentscheid durchführen. Er kann daher keinerlei Maßnahmen empfehlen, die geeignet ist, das Interesse der breiten Volksschichten an dem wichtigsten Akt der Volksentscheidung, nämlich der Abstimmung zum Volksentscheid, abzuwachen. Deshalb rät der Sparerbund seinen Organisationen, den Gläubigern und Sparern zu empfehlen, an dem Volksentscheid am 20. Juni 1926 durch Abstimmung teilzunehmen und so zu stimmen, wie es der eigenen Überzeugung entspricht.

Diese Entschließung läßt zwar eine klare Stellungnahme vermissen, aber sie verlangt von den Mitgliedern des Bundes die Beteiligung an der Abstimmung. Die Entscheidung darüber, wie am 20. Juni abgestimmt werden muß, kann für keinen Sparer und Hypothekengläubiger nach ihrer Behandlung in der Vergangenheit zweifelhaft sein. Jeder stimmt

am 20. Juni mit Ja!

## Wer erhält einen Stimmschein?

S.D. Amlich wird gemeldet: Da in der Öffentlichkeit vielfach noch Zweifel darüber bestehen, unter welchen Voraussetzungen ein Stimmschein erlangt werden kann und da insbesondere Unklarheit darüber herrscht, in welcher Weise Personen, die am Tage des Volksentscheids auf Reisen sind, von ihrem Abstimmungsrecht Gebrauch machen können, wird auf folgendes verwiesen:

Ein Stimmschein erhält ein Antrag ein Stimmberechtigter, der in eine Stimmscheide oder Stimmliste eingetragen ist:

1. wenn er sich am Abstimmungstage während der Abstimmungszeit aus zwingenden Gründen außerhalb seines Stimmscheidebezirks befindet;
2. wenn er nach Ablauf der Einspruchsfrist keine Wohnung in einem anderen Stimmscheidebezirk verlegt;
3. wenn er infolge eines körperlichen Leidens oder Gebrechens in seiner Bewegungsfreiheit behindert ist und durch den Stimmschein die Möglichkeit erhält, einen für ihn günstiger gelegenen Abstimmungsraum anzugehen.

Ferner erhält auf Antrag einen Stimmschein ein Stimmberechtigter der nicht in eine Stimmscheide oder Stimmliste eingetragen oder darin gezeichnet ist:

1. wenn er nachweist, daß er ohne sein Verlangen die Einspruchsfrist verläßt hat;
2. wenn er wegen Ruhens des Stimmscheins nicht eingetragen oder gezeichnet war der Grund aber nach Ablauf der Einspruchsfrist weggefallen ist;
3. wenn er Auslandsdeutscher war und seinen Wohnort nach Ablauf der Einspruchsfrist in das Inland verlegt hat.

Zunächst zur Anstellung des Stimmscheins in die Gemeindebehörden des Wohnortes, also in den Städten die Bürgermeisterei, auf dem Lande der Gemeindevorsteher, in Groß-Berlin die Bezirksämter; in den Fällen, in denen ein in eine Stimmscheide eingetragener Stimmberechtigter nach Ablauf der Einspruchsfrist keine Wohnung in einem anderen Stimmscheidebezirk verlegt, in die Gemeindebehörde des bisherigen Wohnortes; entsprechende Stelle für Entzagen eines Stimmscheins.

Berlin, 14. Juni (Eig. Drahtb.) Der Ministerrat beschloß zur Stärkung der Finanzlage wichtige Sparmaßnahmen in Heer und Marine. Die jährliche Heeresstärke soll von 400 auf 250 Tausend herabgesetzt werden. Hier ehemals beachtliche Vorposten, die den Grundstock zur künftigen deutschen Kriegsmarine bilden sollten, sollen verkauft werden. Das bedeutet das verhängnisvolle Ende der Pläne zur Schaffung einer selbständigen Kriegsmarine.

# „Das Privatvermögen ist in Gefahr“

## Lüge und Schwindel ohne Ende

Die Verteidiger der räuberischen Fürstenenteignung erklären, der Volksentscheid sei ein Anschlag auf das Privateigentum. Mit ihm beginne der Feldzug zur Expropriation des Privateigentums. Der Enteignung der Fürsten würden weitere Enteignungen folgen. Mit den Fürsten fange man an, bei dem Mittelstande und kleinen Handwerker höre man auf. Das ist Lüge und Schwindel.

### 1. Die Fürstenenteignung ist ein politischer Akt

In allen Zeiten der Geschichte hat es entschuldigungslose Enteignung von Fürstentümern gegeben, die durch Krieg oder Umsturz entzündet worden sind. Nicht um einen Angriff auf das Eigentum handelte es sich bei solchen Maßnahmen, sondern um



„Du Ede, der Schlandat-Anzeiger schreibt, der sind alles Räuber und Diebe...“

„Na, Ende, denn sind wir zwei ja die einzigen arbeitsfähigen Menschen in der ganzen Welt.“

eine staatspolitisch dringend notwendige Maßnahme zur Sicherung des neuen Staatswesens und des Wiederaufblühens von Volk und Wirtschaft.

So ist Karl I. von England aus dem Hause der Stuarts hingerichtet worden und seine Familie hat keine Abfindung erhalten. Ebenso wenig bekam Jakob II. nach seinem Sturz irgendeine Abfindung.

So wurden in Frankreich die Bourbonen durch die französische Revolution entschuldigungslos enteignet. So wurde Napoleon I. enteignet und die Mitglieder seiner Familie haben nie eine Entschädigung für die Beschlagnahme ihrer Privatgüter gesehen.

So erging es dem Bürgerkönig Louis-Philippe, und so endete schließlich auch 1870 Napoleon III.

Die sogenannte Lösung des Königs Georg von Hannover durch Bismarck war in Wirklichkeit eine reißerische Enteignung.

Alle diese Beschlagnahmen und Enteignungen sind von bürgerlichen Regierungen im Zeichen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung vollzogen worden. Niemals waren sie der erste Schritt auf dem Wege zur Beseitigung des Privateigentums.

Auch bei dem Volksentscheid handelt es sich um nichts anderes als um eine rein politische Maßnahme zur Rettung des deutschen Volkes gegen den Raub seines Eigentums durch habgierige Fürsten. Genau so wie in den früheren Fällen wird deshalb auch der gesellschaftlichen Enteignung der deutschen Landesfürsten keine weitere folgen.

### 2. Die wahren Zerstörer des Privateigentums

Die Schächer des Fürstentums — das sind die wahren Zerstörer des Privateigentums. Denn die größte Enteignung, die die Weltgeschichte je erlebt hat, war die deutsche Inflation. Sie ist von den deutschen Kapitalisten eben deshalb mit Absicht herbeigeführt worden. Selbst der bürgerliche Professor Sonn von der Berliner Handelshochschule sagt:

„Die Führer der Industrie haben die Grundlagen

des Kapitalismus zerstört: die Unverletzlichkeit des Eigentums, die Heiligkeit der Verträge, die Möglichkeit des Sparens.“

Die Sozialdemokratie dagegen hat die Inflation mit allen Kräften bekämpft. Sie erntete dafür die Lobeshymnen der Stinnes, Hagenstein und Helfferich und der gesamten Großkapitalisten. Wäre es nach dem Willen der Sozialdemokratie gegangen, so wäre der Volksbetrug der Inflation nie möglich gewesen.

### 3. Aufwertung war legalisierter Raubzug

Dem ersten Schritt — dem Raubzug der Inflation — folgte der zweite: der Raubzug mit Hilfe der Aufwertungsgeetze, der „legalisierte Raubzug“, wie der frühere Führer der Deutsch-nationalen Graf Posadowsky, die Geetze gegen die Sparer genannt hat.

„Systematische Enteignung des Mittelstandes, der kleinen Sparer und die Begünstigung des Großkapitals“ waren und sind sie nach den Worten des Abgeordneten Dr. Best. Welt für „den Gläubiger zum Bettler, den Schuldner zum Gauner“ machen“ sind diese beiden Gesetzentwürfe von Dr. Best abgelehnt und verdammt worden.

Wiederum war es die Sozialdemokratie, die mit all ihren Kräften gegen diese Enteignung der Sparer angeknüpft hat. Sie wurde trotzdem durchgeführt, weil derselbe Bloß der Fürstenteignung für sie eintrat, der damals den Bloß der Aufwertungsgegner bildete.

Die Wahrheit ist: Die großen Kapitalisten und Grundbesitzer haben die kleinen Sparer und Gläubiger enteignet. Sie machten sie zu Bettlern und bereicherten sich an dem unrechtmäßig erworbenen Gut.

Auch der Hypothekengläubiger- und Sparerhüterverband für das Deutsche Reich erklärt die Aufwertungsgeetze für Enteignung. Er schreibt in einem Anruf an die Sparer:

„Weil die an euch begangene Enteignung „Recht“ sein soll, verlangen wir gleiche Enteignung für alle. Danach müßt ihr handeln und dem Volksentscheid auf Fürstenteignung zum Siege verhelfen.“

Zweierlei Recht und eine einseitige Enteignung gibt es nicht. Wo war die Kirche, als ihr enteignet wurde? Bei der Fürstenteignung führt sie das 7. und 10. Gebot ins Feld. Bei eurer Enteignung hat sie geschwiegen.“

### 4. Sozialdemokratie und Enteignung

Die Sozialdemokratie hat nie die entschuldigungslose Enteignung von Privateigentum verlangt. Das beweist ihr ganzes politisches Verhalten seit 1918. Bereits in der ersten Verordnung der Volksbeauftragten vom 12. November 1918 wurde erklärt:

„Die Regierung wird die geordnete Produktion aufrecht erhalten, das Eigentum gegen Eingriffe Privater sowie die Freiheit und Sicherheit der Person schützen.“

Was die Sozialdemokratie 1918 nicht getan hat, will sie auch jetzt nicht und wird sie in Zukunft nicht tun.

Die Politik der Sozialdemokratie zielt z. B. in der Landwirtschaft gerade auf Schaffung von Kleineigentum hin. Nur der Sozialdemokratie ist es zu danken, daß überhaupt geübelt wurde. Ein sozialdemokratischer Antrag im Reichstag verlangt, daß nur die Eigentümer von mehr als 750 Hektar landwirtschaftlich genutzten Bodens verpflichtet sind, den überschüssigen Teil an das Reich abzutreten. Dafür ist aber Entschädigung zu gewähren. Als Stedler sollen in erster Linie die auf dem enteigneten Boden bisher beschäftigten Arbeiter in Frage kommen. Deshalb steht auch der Gesetzentwurf über die Enteignung der Fürstentümer vor, daß das enteignete Land zur Bestattung durch Landarbeiter, Kleinpächter, Kleinbauern zu verwenden ist.

Die Sozialdemokratie denkt also nicht an die entschuldigungslose Enteignung der Bauern. Sie will ein gesundes Bauerntum statt des wertlosen Latifundienbesitzes.

Die Sozialdemokratie hat auch nie verlangt, daß die Hausbesitzer entschuldigungslos enteignet werden, sie hat auch nie versucht, die Existenz des selbständigen Mittelstandes und der Gewerbetreibenden zu untergraben.

Unser Feind ist das Großkapital.

Genau so wie es alle kleinen Existenzen systematisch vernichtet, verteidigt es jetzt den Raubzug der Fürsten.

Es hat aus den Steuern, die dem schwermühten Mittelstande und der Arbeiterschaft erbarmungslos abgepreßt werden, Hunderte von Millionen für seine Zwecke zu seiner Bekämpfung in seine Tasche gesteckt. Die Sozialdemokratie allein bekämpft diese Vormachtstellung des Großkapitals. Sie hilft den Kleinen und wehrt den Großen. Sie enteignet die Fürsten, damit das Volk leben kann, und weil der Volksentscheid das einzige Mittel dazu ist, deshalb tritt sie geschlossen mit aller Kraft für ihn ein.

# Die englische Kohlenkrise

## Der Kampf geht weiter

London, 15. Juni (Eig. Drahtb.)

Am Dienstag vormittag fand zwischen Baldwin und den Gewerkschaften eine Besprechung statt. Im Anschluß daran wurde eine Rahmvereinbarung zur Regelung der Regierungserklärung abgegeben. Am Mittwoch gab der Ministerpräsident im Unterhaus die neuesten Vorschläge bekannt, die sich die Regierung zu eigen gemacht hatte. Diese Vorschläge laufen auf eine Verlängerung der Arbeitszeit um eine Stunde von 7 auf 8 Stunden vor Ort hinaus. Was die Lohnregelung betrifft, so erklärte Baldwin, daß in einigen Bezirken die Löhne in den nächsten drei Monaten nicht abgebaut werden sollen, aber in den übrigen Bezirken sofort ein Lohnabbau bis zu 10 Prozent zur Durchführung kommen müsse. Damit hat sich die Regierung vollkommen auf den Standpunkt der Unternehmer gestellt. Denn auch der Bericht der Kommission sprach nur von einem vorübergehenden Lohnabbau und von keiner Arbeitszeitverlängerung.

Am Dienstag abend konnte bereits festgestellt werden, daß die Vorschläge Baldwin auf den härtesten Widerstand der Bergarbeiter stießen. Schon während seiner Rede wurde Baldwin die schärfste Kritik durch Zwischensätze von Bergarbeiterabgeordneten unterbrochen, in denen diese ihre Auffassung von der Unannehm-

barkeit der Vorschläge kundgaben. Der Sekretär der Bergarbeiter Cool wies noch am Abend gegenüber der Presse die Vorschläge Baldwin im Namen der Exekutive des Bergarbeiterverbandes mit größtem Nachdruck zurück. Er sagte u. a. wörtlich: Ich wiederhole nochmals im Namen des gesamten Bergarbeiterverbandes, daß wir nicht einen Augenblick lang einen Vorschlag an euch nur besprechen können, der von Baldwin im Unterhaus vorgelegten Plan einer Veränderung oder Verlängerung des Arbeitstages oder eine Veränderung der Lohnregelung enthält, zumal die von Baldwin vorgeschlagene Veränderung des Lohnes eine Zerstückelung des nationalen Lohnabkommens bedingen würde. Baldwin hat nunmehr zu erkennen gegeben, daß seine während des Streites abgegebene Erklärung, keine Verschlechterung der Arbeitszeit und der Löhne zu wollen, nicht ehrlich gemeint war. Er hat sich nun endgültig auf die Seite der Unternehmer gestellt, in der Hoffnung, daß die Bergarbeiter, durch den Kampf erschöpft, sich gezwungen sehen, seine Vorschläge anzunehmen.

Der „Daily Herald“ kritisiert in seinem Beiratsartikel vom Mittwoch die Baldwin'schen Vorschläge aufs Schärfste und stellt fest, daß der Ministerpräsident in dem Kohlenkonflikt nicht mehr als Treuhänder der Nation, sondern nur noch als Agent der Bergbauunternehmer zu betrachten sei.

# Sie lügen wie die Teufel...

## „Amtliches Material“ des Fürstenblods

Unter dem Titel „Kost, entscheide!“, ist im Deutschen Schriftenerlag eine Broschüre erschienen, die von den Fürstentümern in 12 Millionen Exemplaren über das ganze Reich verteilt wird. Was in dieser 16seitigen Schrift zusammengewürfelt und gelogen wird, dürfte wohl nicht leicht zu überbieten sein. Dafür nur einige wahllos herausgerissene Beispiele.

Unter der Überschrift: „Entstehung der Vermögen“ und mit dem Motto: „Der Wahrheit die Ehre“ heißt es auf Seite 7: Schon beim Regierungsantritt (vor mehreren 100 Jahren) hatten die Fürsten Vermögen. Gerade dieses Vermögen gab ihnen ein besonderes Ansehen. Nach einer sozialdemokratischen Flugchrift brachten z. B. die Wittelsbacher (bayerisches Königshaus) über eine Million Gulden mit ins Land, eine damals ungeheure Summe.

In Wirklichkeit hat der erste bayrische König, als er zur Herrschaft kam, aus seiner früheren französischen Offizierszeit eine Million Gulden Schulden mitgebracht, die das bayerische Volk an Frankreich zurückbezahlen mußte. In einem von der Sozialdemokratischen Partei zum Volksbegehren verbreiteten Flugblatt war, den Tatsachen entsprechend, von einer Million Schulden die Rede. Die deutschnationale Broschüre macht aus den Schulden einfach Gulden und will damit den Beweis für die Ungerechtigkeit und Unbilligkeit der Vermögensübernahme der Fürstentümer ebenso erbringen, wie durch die Behauptung, daß auch die Hohenzollern ihr Vermögen nicht zusammengekauft, sondern aus dem armen Volkernlande mitgebracht hätten.

In dem gleichen Kapitel heißt es: Über es soll das Geld für „verkaufte Landesländer“ darunter sein! — Gotha hat einmal an Preußen eine „Armee“ von 560 Mann verborgt. Damals lebten sich aber alle Heere aus Soldaten zusammen, die gegen Geld angeworben wurden. Man sollte nicht zu sehr mit der Unkenntnis der Leser rechnen!

Also nur 560 Mann von Gotha an Preußen verborgt. Davon, daß deutsche Fürsten allein während des amerikanischen Freiheitskrieges 176 875 Soldaten verkauft und dafür 118 162 668 Reichsmark eingenommen haben, ist diesen Wahrheitsaposteln nichts bekannt. Und dann hat es sich ja nur um „gegen Geld angeworbene Soldaten“ gehandelt. Rechtfertigt dieser Umstand wirklich den Verkauf von Landeskindern an fremde, kriegrührende Länder und Fürsten? Was sagen zu einer solchen Moral unsere Reichswehrosoldaten und deren Angehörige, denn auch sie, die Reichswehrosoldaten, sind ja gegen Geld angeworben. Sollen sie auch an kriegrührendes Ausland verkauft werden dürfen?

Auch von den Fürstenmätressen weiß der Broschürenschreiber etwas zu erzählen, und zwar auf Seite 2:

Auch Mätressen wollen etwas haben. Ein solcher Fall liegt in Mecklenburg-Strelitz vor. Zwei Mätressen klagen gegen die Großherzogin-Witwe und gegen den Staat, und die Gerichte werden ihnen gegenüber nach dem Gesetz entscheiden.

Während also die Fürsten enteignet werden sollen und kein Gericht anrufen dürfen, bleiben die Ansprüche der Mätressen unberührt.

Das zeigt den vollen Widerspruch des Volksentscheids. Damit soll gesagt werden, daß mit dem Volksentscheid, der den Fürsten alles wegnehmen will, die Mätressen besonders geschützt werden sollen. Sollte es in Deutschland wirklich auch nur einen einzigen Dummen geben, der auf einen solchen Schwindel hereinfällt, wo doch allgemein bekannt ist, daß gerade die Ansprüche der Mätressen höchste Empörung der weitesten Volksschichten ausgelöst haben. Kein, wer dem Volksentscheid zur Annahme verhilft, sorgt allein dafür, daß auch die schmutzigen Ansprüche dieses unvermeidlichen Fürstenanhangs zu Fall gebracht werden.

Sogar einen „guten Republikaner“ läßt die Schrift auf der gleichen Seite als Kronzeugen aufmarschieren. Es heißt da: Ein guter Republikaner sagte dem Schreiber dieser Zeilen: „Ich bin gegen den Volksentscheid, weil wir Republikaner die Verfassung schützen müssen. Diese aber bestimmt in

Art. 109: „Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleich“; Art. 153: „Das Eigentum wird gewährleistet. Enteignung darf nur gegen Entschädigung erfolgen“.

Sagt der Artikel 153 der Reichsverfassung wirklich nicht mehr? O ja. In seinen entscheidenden Bestimmungen lautet er: Das Eigentum wird von der Verfassung gewährleistet... Eine Enteignung kann nur zum Wohle der Allgemeinheit und auf gesetzlicher Grundlage vorgenommen werden. Sie erfolgt gegen angemessene Entschädigung, so weit nicht ein Reichsgesetz etwas anderes bestimmt... Enteignung durch das Reich gegenüber den Ländern, Gemeinden und gemeinnützigen Verbänden kann nur gegen Entschädigung erfolgen.

Wenn die Enteignung dieser Körperschaften nur gegen Entschädigung erfolgen kann, muß es daneben doch auch eine Enteignung ohne Entschädigung geben, und das ist, weil die

Fürsten nicht zu den gemeinnützigen Verbänden gehören, verfassungsmäßig auch den Fürsten gegenüber möglich. Der „gute Republikaner“ kennt keine Verfassung herzlich schlecht.

Um den Volksentscheid auf alle Fälle ins Unrecht zu setzen, erfindet der Broschürenschreiber sogar ein besonderes Reichsgesetz, das die Auseinandersetzungen der Länder mit den ehemaligen Fürsten regelt.

Eine neue Lage — heißt es auf Seite 3 — ist geschaffen durch ein neues Reichsgesetz, das den Staaten das Recht gibt, alle Auseinandersetzungen noch einmal anzusehen und eine neue, für die Staaten noch günstigere Regelung zu treffen.

Was bestimmt nun der Volksentscheid? Daß alle Auseinandersetzungen ungünstig sind, daß auch das neue Reichsgesetz nicht gelten soll, sondern daß das gesamte Vermögen der Fürsten einschließlich Betten, Hausrat und Kleider ohne Entschädigung enteignet wird.

Ein solches Gesetz besteht in Wirklichkeit gar nicht. Wohl hat der Reichstagsausschuß volle fünf Monate über ein solches beraten. Zuletzt aber mußte es, in der Hauptsache wegen des Widerstandes der deutschnationalen, seine Beratungen als ergebnislos abbrechen. Das hindert aber nicht, daß die Schrift auf Seite 8 sagt:

Daß die Fürsten nicht besser behandelt werden als jeder Staatsbürger, schien uns selbstverständlich, das Ergebnis unserer Untersuchungen aber geht noch weiter: kaum eines Sparers Forderung in Deutschland ist so niedrig aufgewertet, wie die Forderungen der Fürsten!

Das wagen die Leute den kleinen Sparern und Hypothekengläubigern zu sagen, deren Vermögen mit bestenfalls 2%, 12% oder 25 Prozent aufgewertet wurde.

Aber — heißt es auf der gleichen Seite — im Reichsgesetz §§ 8 und 15 ist noch ausdrücklich bestimmt, daß sowohl das Gesetz über die Aufwertung der Hypotheken wie das über die Ablösung öffentlicher Anleihen Anwendung zu finden hat.

## 20 Millionen!



Es zieht ein Räuber durch das Land,  
Stiehlt Schlösser und Burgen mit frevelnder Hand.  
Er trägt eine Krone, sein Blick ist voll Stier,  
Er fleht seine Zähne nach dir und mir.  
Aber wir stehen auf sorgender Wacht,  
Kennen kein Bangen und wagen die Schlacht.  
Fällt das Antler von tödlichem Pfeil?  
Jubelnd erkönt es in lauten „Frei Heil“.  
Volk will endlich den Frevler belohnen:  
Reißender Pfeil sind — zwanzig Millionen!

Eine solche Bestimmung sah wohl der durchaus unzulängliche Kompromißgeheimvertrag der Regierungsparteien vor, der aber, wie bereits betont, am Widerstande der deutschnationalen gescheitert ist.

Schließlich heißt es auf Seite 4, daß nach diesem erfundenen, gar nicht existierenden Rechenwerk die Hohenzollern statt der 17 Prozent, die sie nach dem Urvertrag ihnen und der preussischen Regierung abgekauften Vergleich erhalten sollten, 9 Prozent, der Staat aber 91 Prozent erhalten sollten. Und trotzdem nun: Der Volksentscheid! Der preussische Finanzminister, der es jedenfalls besser wissen muß, hat im Reichsausschuß einwandfrei nachgewiesen, daß das gerade Gegenteil der Fall gewesen wäre, sich das Land Preußen nach dem Entwurf der Regierungsparteien leichter gestellt hätte wie beim Vergleich.

So wie die hier wiedergegebenen Behauptungen der Broschüre nicht mit der Wahrheit in Einklang zu bringen sind, so steht es auch mit den darin aufgeführten Zahlenunterschieden. Eine Sache, die mit so schlechten Mitteln vertreten wird, muß wirklich faul sein. Deshalb nun also erst recht, dem Volksentscheid einen vollen Erfolg gewünscht.

Es gibt jetzt nach dem vollständigen Verjagen des Reichstages nur die Wahl zwischen zwei Dingen: entweder Annahme des zum Volksentscheid gestellten Gesetzentwurfes oder aber, es bleibt alles beim alten, die Fürsten erhalten die geforderten Milliarden, schwimmen im Ueberflusse, prassen und schmelzen wie jetzt schon im Ausland, während das Volk hungert und verkommt. Die Wahl zwischen den beiden Dingen kann wirklich nicht schwer fallen, sie kann nur auf Annahme des Volksentscheides lauten, trotz aller fürstendieuerischen Verdrängungskünste.

## Der Raub

Die Fürstendieuer sprechen vom Raub der Republik an den Hohenzollern. Kein anderer als der bürgerliche preussische Finanzminister, der am besten über die Besitzverhältnisse der Hohenzollern Bescheid weiß, hat in der denkwürdigen Sitzung des Preussischen Landtages über die Fürstenabfindung am 2. Juni, kurz, prägnant und unwiderrleglich diese Beschimpfung der Republik zurückgewiesen und klargelegt, auf welcher Seite das Unrecht ist.

„Der Streit zwischen der Krone und dem Staat“, erklärte der Finanzminister, „ist 100 Jahre alt. Die Parteirollen waren dabei im allgemeinen so verteilt, daß auf der einen Seite die Krone und der Hausminister, auf der anderen Seite in der Regel die Herren Staatsminister standen. Bei dieser Auseinandersetzung zwischen der Krone und dem Staat war die Krone Partei. Gleichwohl war es durch die staatsrechtliche Stellung des Königs gegeben, daß der König in der Lage war, in diesen Streit zwischen der Krone und dem Staat entscheidend einzugreifen. Und der König hat in diesen Streit zwischen der Krone und dem Staat zu wiederholten Malen entscheidend eingegriffen. (Schöb. Zurne links: „Zu seinen Gunsten!“)

Der Streit um Wusterhausen ist durch Kabinettsorder Friedrichs IV. entschieden worden gegen das Votum der Staatsminister, gegen das Votum des Justizministers von Savigny.

Der Streit um Platon-Krojante ist zugunsten der Krone dadurch entschieden worden, daß ein Kobold, das von den Ministern als unverbündlich hingestellt wurde, von der Krone bestätigt worden ist.

Der Streit um Schwedt-Bierraden ist dadurch zugunsten der Krone entschieden worden, daß die Krone den Justizminister beauftragte, die Krone vor dem Geheimen Justizrat zu verfluchen.“

So hat in drei entscheidenden Fällen — es handelt sich um drei wesentliche Güterkomplexe, die vielleicht den größten Bestandteil des Vermögens überhaupt ausmachen — die Krone in eigener Kraft ihrer staatsrechtlichen Stellung entschieden.

Von den Güterkomplexen Wusterhausen und Bierraden waren Güter verkauft worden, um die Schulden des preussischen Staates aus den Befreiungskriegen zu bezahlen, weil man eben davon ausgegangen war, daß diese Güter Eigentum des Staates seien. Der Streit wäre wahrscheinlich nicht in die Entscheidung getreten, wenn von der Krone der Standpunkt Friedrichs II. wie er in den Bestimmungen des Allgemeinen Landrechts zum Ausdruck kommt, beachtet worden wäre. Nach dem Allgemeinen Landrecht ist der gesamte unbewegliche Besitz Eigentum des Staates und der König hat nur Anspruch auf gewisse Einkünfte dieses unbeweglichen Vermögens, damit er die ihm obliegenden Pflichten erfüllen kann. Das ist der grundsätzliche Standpunkt des Allgemeinen Landrechts, wie er auch vom Freiherrn vom Stein vertreten worden ist, als die Frage erörtert wurde, ob ein Teil der Domänen verkauft werden dürfe, um die Schulden des Staates aus den Befreiungskriegen zu decken.

Der preussische Finanzminister schloß seine Mitteilungen mit der Erklärung: „Der Volksentscheid ist in der Verfassung vorgesehen, und das deutsche Volk ist nach der Verfassung in der Lage, auch ein Reichsgesetz auf diesem Wege ergehen zu lassen. Also von einem Raub kann ganz gewiß keine Rede sein.“

Die Fürsten aber, und insbesondere die Hohenzollern, fordern trotz des Nachweises, daß ihre Vorfahren den Staat um Millionen betrogen haben, nach wie vor auch noch jezt „Besitz“, dessen Diebstahl ausdrücklich aktenmäßig festgestellt ist.

## Das Silbergeschiff

Die Geschichte einer Sehnsucht  
von Hermann Claudius

Copyright by Richard Hermes Verlag, Hamburg  
(2. Fortsetzung.)

Harm sollte der Mutter einmal einen Strauß toter Rosen bringen; er wäre ein türkisches Gedicht — sagte er — sowie er die hell- und dunkelroten, die blauen und lilaenen zusammengeknetet hätte.

Meister Boom redete lange, denn der Junge nahm den Strauß nicht an, sah stumm zu Boden und drehte seine Hände umeinander. Aber dann — der Meister war wieder pfeifend mitsamt seinem Strauß abgehritten — lief Harm, was er konnte, zur Mutter und stolzierte alles heraus. Nur das mit dem türkischen Gedicht vergaß er.

Die Mutter lächelte, fast so wie Meister Boom lächelte. Und ihre Augen gingen auch weit weg. Sie stand gegen das Stubensofa gelehnt und hielt einen ihrer Schuhe in der Hand. Und ohne den Schuh anzusehen, als gehörte er dazu, sang sie: „Stiefel mußst sterben, bist noch so jung, jung, Stiefel mußst sterben, bist noch so jung.“

Und auf einmal entglitt ihrer Hand der Schuh und fiel zu Boden. Harm hob ihn auf und besah ihn, gab ihn der Mutter zurück und sagte langsam: „Kaputt! — —“. Weinte die Mutter? — Ganz still ging Harm hinaus.

Draußen kam ihm jemand entgegen, der wirklich weinte, rechtschaffen jaulte und vor Wut die Tränen mit den Fäusten aus den Augen über die heißen Waden wuschte. „Sie — sie — sie schmeißen mich immer!“ schluchzte Matten. Diese „Sie“ waren die Dorfjungen. Als Harm um die Hausleuchte kam, hob einer schon wieder den Arm. Harm hatte im Grunde seinen lüftigen Bruder rufen wollen; aber ehe noch ein Steinwurf geschah, froh er hinter die Mauer zurück und verlegte sich desto eifriger ans Trösten, damit der lüftige Bruder um alles in der Welt sich bloß nicht von neuem in Wut schrie und wieder gegen die Bauernjungen anging. Er und Matten gingen nicht barfuß wie die da draußen, die eben aus der Dorfstraße kamen und ihre Schieferstiefeln schräg über den Arm trugen. Er und Matten trugen — auch Matten —

weiße gestärkte Halskragen und das Haar hinten halblang. So schnitt es die Mutter selber. Aus dem Garten durften die beiden allein nicht heraus. Paula nahm höchstens den einen oder anderen mal mit zur Gangeschen Mühle am Volkweg. Der Vater war immer unterwegs und die Mutter immer mit irgendeiner Hausarbeit beschäftigt.

Nur wenn Onkel Eduard aus Mohldörp kam, dann warb's anders. Onkel Eduard schielte und trug eine dicke Brille. Aber das machte nichts. Onkel Eduard sah den Harm mit der rechten und den Matten mit der linken Hand und kein kreuzfahrender Ritter konnte bei der Absicht ins gelobte Land im Herzen Höheres erwarten, als diese beiden Jungs seines lieben Bruders Harm-Heinrich, wenn die Gartentür hinter ihnen ins Schloß fiel.

Da waren Wiesen von goldenen Butterblumen, da waren Gräben, in denen man die Fische durchs Wasser sitzen sah. Und wenn man sich in die Hufe setzte und wartete (Onkel Eduard legte sich lieber lang auf den mageren Bauch, weil er leicht einen „Kamm“ ins Bein kriegte) — wenn man ruhig wartete und aufpasste, kamen die jungen Fische, hundert und noch mehr aus dem Kraut und Schwammem eben unter der Oberfläche hin, daß man sie beinahe greifen konnte. Und da waren die „Kiesbärge“, in denen man Höhlen bauen konnte und Burgen. Und hinter den Kiesbärge lag die Glasfülle. Der Schornstein war schwarz und schief. Die Mauern waren schwarz und schief. Und das Pfannendach. Und die Menschen, die da heraus und hinein kamen, waren auch schwarz und hingen schief nach vorn über. So eilig hatten sie's immer. Drinnen saßte und fauchte und laute es. Dazwischen fuhr ein gleichmäßiges Klappen. Onkel Eduard schob sich wichtig durch den halbangestellten Torflügel. Harm und Matten standen mit großen Augen. Onkel Eduard kam lebendig wieder zum Vorschein und machte eine geheimnisvolle Miene. Jögern folgten sie ihm. „Hi! Wie das brannte! Und die Männer standen nackt. Nur Hosen hatten sie an. Sie reckten lange Pfeifen in das glühende Feuer. Und immer brannte das Feuer so, immerzu...“ sagte Onkel Eduard.

Onkel Eduard hob einen Stein auf und wühlte eine Geschichte von ihm zu erzählen. Er sprach immer ganz zart und leise, fast wie ein Mädchen. Sprachen er und der Vater miteinander, so war es immer, als ob der Vater schalt und Onkel Eduard um Verzeihung bat. Nur wenn sie abends über dem Schachbrett saßen — Onkel Eduard hatte dann ein Stück Papier unter die

Lampenflügel, seiner schwachen Augen wegen — sagten sie heide gar nichts, saßen an ihren langen Pfeifen und starrten auf das Brett mit den schwarzen und weißen Figuren stundenlang. Die Mutter saß dabei und häfelte oder strickte. Sie trug eine weiße Haube mit einem bunten Band. Und mitten in das Schweigen kam ab und an die leise Entschuldigung: „Liebe Schwägerin, gleich sind wir fertig!“ Dann ward der Vater ärgerlich, brummte was von Weibertram, paffte aus seiner Pfeife über das Spiel und setzte am liebsten den im Moment Unaufmerksamer mit ein paar schnellen Jügen matt. Der Bruder aber wandte sich sofort zu der lieben Schwägerin, und ein felnes Lächeln spielte um seinen zusammengekniffenen Mund.

Wenn Onkel Eduard wieder abreisen wollte, bekam er Leibweh und verlor die Abreise von Tag zu Tag. Der Vater lachte und spakte laut. Die Mutter machte ihm klüßschweigend heiße Umschläge. Aber schließlich liefen auch für die Wädden-Pfingstschule in Mohldörp die Ferien zu Ende. Paula trug dem klüßlichen Onkel den Handkoffer nach der Bahn. Das war fast das einzige Mal, daß sie sich mit ihm zu schaffen machte. Sie machte ihn nicht. Harm winkte dem weißen Taschentuch nach, solange es noch aus dem Zugfenster flatterte.

Als er später Anderiens Märchen las, sah er immer die Gestalt des Onkels Eduard dahinter spazieren. Er bildete sich, hob den Stein auf und erzählte. Und seine Augen haben eigenümlich ihr nach innen.

Manchmal geschah zu Hause etwas, wie hinter einem Vorhang. Die Mutter hatte ein fremdes Gesicht. Der Vater sah finstler drein. Es kamen Briefe, die er aufgeregt zerriß. Wieder hörte Harm den Vater nächtens hin und her gehen und laut sprechen: Einmal koppte es von draußen ans Fenster. „Gott sei Dank!“ sagte der Vater. Das war die Zeit, als Johann, der älteste Bruder Paulas, in Kiel bei den Seefahrern stand. Eines Tages war er zum Besuch da mit Helmbusch und Säbel und einer bestickten Uniform. Als er fertigging, sprang er frei über den Gartenzäun und lachte laut, wie der Vater lachte. Und seine Augen waren gar nicht bei ihm.

Ein andermal sah der Vater einen ganzen Tag eingeschlossen in seiner Arbeitsstube. Selbst Paula ging auf Zehenspitzen die Fodentreppe hinauf. Die Worte Deserteur und Gefangnis schillingen im Hause um. Gegen Abend kam der Gendarm vors Haus geritten und flog langbeinig vom Pferd.

(Fortsetzung folgt.)

Konkurseröffnung

Ueber das Vermögen des Kaufmannes Walter Griephan, alleinigen Inhabers der Firma Walter Griephan in Lübeck, Süßstraße Nr. 74, wird heute am 15. Juni 1926, vormittags 11 Uhr 8 Minuten das Konkursverfahren eröffnet.

Der Kaufmann Niels Jensen in Lübeck, Gr. Burgstraße Nr. 57, wird zum Konkursverwalter ernannt.

Termin zur Beschlußfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, die Bestellung eines Gläubigerausschusses und die im § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände findet am 16. Juli 1926, vormittags 11 Uhr, im Zimmer Nr. 9 statt.

Konkursforderungen sind bis zum 31. Juli 1926 bei dem unterzeichneten Gerichte anzumelden. Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen findet am 13. August 1926, vormittags 11 Uhr, im Zimmer Nr. 9 statt.

Allen Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, wirts an den Gemeindefiskusler zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung anerkennen, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen für die sie aus der Sache abgeleitete Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 31. Juli 1926 Anzeige zu machen.

Lübeck, den 15. Juni 1926. Das Amtsgericht, Abt. 2

Konkursverfahren

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmannes Carl Fritze in Lübeck, Fischergasse Nr. 12, wird die Vornahme der Schlussverteilung genehmigt und zur Abnahme von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke der Schlusstermin auf

Freitag, den 2. Juli 1926, vorm. 10 Uhr, vor dem Amtsgerichte Abt. II hier selbst, Große Burgstraße Nr. 4, Zimmer Nr. 9, bestimmt.

Lübeck, den 5. Juni 1926. Das Amtsgericht, Abteilung II.

In dem Konkursverfahren

über das Vermögen des Kaufmannes Franz Brandt, alleinigen Inhabers der Firma Fr. Brandt & Co. in Lübeck, Bedersgasse Nr. 60, ist zur Beschlußfassung über einen von dem Gemeindefiskusler gemachten Zwangsvergleich eine Gläubigerversammlung auf

den 2. Juli 1926, vormittags 10 1/2 Uhr, vor dem Amtsgerichte, Abteilung II, hier selbst, Sitzungszimmer Nr. 9, anberaumt.

Der Vergleichsvorschlag — und die Erklärung des Gläubigerausschusses sind auf der Gerichtsschreiberei, Zimmer 19 des Amtsgerichts zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.

Lübeck, den 7. Juni 1926. Amtsgericht, Abteilung 2.

Konkursverfahren

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Hanseatische Kraftfahrzeug-Werkschaft, eingetragen Genossenschaft mit beschränkter Haftung in Lübeck, wird die Vornahme der Schlussverteilung genehmigt und zur Abnahme von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke der Schlusstermin auf

Freitag, den 2. Juli 1926, vormittags 10 1/2 Uhr vor dem Amtsgerichte Abt. II hier selbst, Große Burgstraße Nr. 4 Zimmer Nr. 9, bestimmt.

Lübeck, den 10. Juni 1926. Das Amtsgericht, Abteilung II.

In dem Konkursverfahren

über das Vermögen der offenen Handelsgesellschaft in Firma Carl Koltjen in Lübeck ist Termin zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen auf

Freitag, den 9. Juli 1926, vormittags 11 Uhr im Gerichtssaal, Zimmer Nr. 9 anberaumt.

Lübeck, den 10. Juni 1926. Das Amtsgericht, Abteilung II.

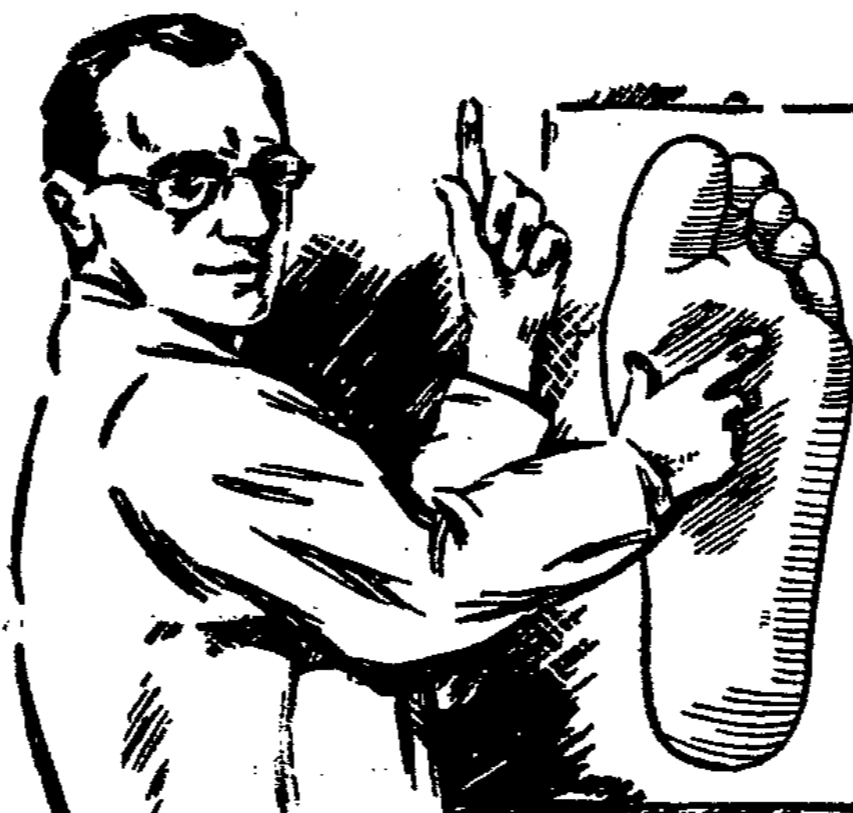
Bekanntmachung

Der über die Otto Decker'sche Koppel „Großer Hof“ zu Heede führende Jagweg wird aufgehoben.

Lübeck, den 12. Juni 1926. Die Begebehörde.

Nichtamtlicher Teil

Ein Schrankkasten... 1 leicht Kasten... zu verk. u. 13 neuen Kl. ...



Die Füße dürfen nicht schmerzen

auch nicht nach längerem Marsch.

Ist es bei Ihnen doch der Fall, dann kommen Sie zu uns.

Wir helfen auch Ihnen

Der vom Dr. Scholl-Institut entsandte Fußspezialist steht in meinem Geschäft vom 17. bis 19. Juni zu kostenlosen und unverbindlichen Untersuchungen und Beratung zur Verfügung.

Dr. Scholl's Fuß-Pflegesystem

hat für jedes Leiden besondere Heilbehelfe. Individuelle Behandlung.

Schuhhaus Louis Cantor

Lübeck, Breite Straße 97

Für die vielen Beweise... Annemarie... Haben mich in Lübeck als Hebamme niedergelassen und wohne Mühlenstr. 48

Erna Lemcke Hebammenschwester Dr. Brederlow 17. bis 20. Juni verreist

Kinder-Bettstellen von 14.50 bis 55.— Große Bettstellen von 12.50 bis 65.—

Reichs-Arbeiter-Sportwoche 1926 Donnerstag, den 17. Juni, abends von 7 Uhr an, auf dem Sportplatz Suniamshoi

Volksstümliche Wettkämpfe Schlag- und Faustballspiele Fußballspiel Schwartau-Lübeck

Adlershorst Morgen Donnerstag: Tanzkränzchen Heute der beliebte heitere Familien-Abend

Fledermaus Ununterbrochene Hochstimmung Unerreichte Tanz-Sport-Kapelle

Luisenlust Am Sonnabend, d. 19. Juni Groß. Sommernachtsball

Kohlen-Kontor Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Reichs-Arbeiter-Sportwoche 1926 Donnerstag, den 17. Juni, abends von 7 Uhr an, auf dem Sportplatz Suniamshoi

Adlershorst Morgen Donnerstag: Tanzkränzchen Heute der beliebte heitere Familien-Abend

Luisenlust Am Sonnabend, d. 19. Juni Groß. Sommernachtsball

Öeffentliche Frauen-Versammlung Freitag, den 18. Juni, abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus

Volksstümliche Wettkämpfe Schlag- und Faustballspiele

E.S.P. Diele - Kabarett Heute abend 9 Uhr Kurzes Gastspiel der größten Sensation der Welt

Auftreten Rae-Mu 10 1/2 Uhr Das große Jubiläumsprogramm

Advertisement for Drogerie Olig, Trösch, featuring products like Bohnenwachs and Fußbodenöl.

Advertisement for Kohlen-Kontor, featuring a logo with a factory and the text 'KOHLEN-KOKS-BRIKETS'.

Advertisement for Alexander Krock, featuring a logo with a suitcase and the text 'Lederwaren / Koffer'.

## Freistaat Lübeck

Mittwoch, 16. Juni.

### Volksentscheid

Arbeiter und Bauern,  
Ihr habt in Gräben gelegen,  
In Feuerregen  
Und giftigen Schwaden,  
Halb verhungert, verkauft.

Ihr laßt eure Fürsten nur bei Paraden...  
Sie haben im Hauptquartier geschmaukt  
Fernab vom Schuß, fernab vom Stoh,  
Keiner trug mit Euch das gleiche Los.  
Wenn Euch Granaten zerfetzten, verscharrten,  
Sie folgten der Schlacht nur über den Karten.  
Denn Fürstenblut war heiliges Blut  
Und Fürstengut unantastbares Gut.  
Bis Novembersturm die Kronen zerstückte,  
Und ein Volk aufschrie: Nun ist es genug!  
Denke daran.

Ihr Kriegskriecher, denen ein Heim sie versprochen,  
Kam habt Ihr eine Bettelnappe zu lochen.  
Ihr blaffen Mütter, Ihr Witwen und Waisen,  
Kam habt Ihr trodenes Brot zu beißen.  
Du Arbeitsvolk in den Fäusteln,  
Ihr Arbeitslosen mit hohen Wänden,  
Ihr Abgewerteten und Betrogenen,  
Ihr hunderttausendfach Belogenen,  
Ihr Bauern, um Euer Land bestohlen...  
Die Fürsten wollen sich wieder holen  
Die Schlösser, die Güter, die Milliarden,  
Um die sie Euch täuschten, um die sie Euch narrien.  
Sie wollen die alte Herrschaft errichten:  
Dem Fürsten nur Macht, dem Volk nichts als Pflichten.  
Denke daran.

Nach Tageslaffen und nächt'gem Weid  
Aufflammt dein Juni den Entschaid.  
Aufflammt ein Tag und leuchtet rot:  
Dem Volk die Arbeit und auch das Brot;  
Denn Volkesblut ist heiliges Blut  
Und Volkesgut unantastbares Gut  
Für jetzt und immerdar.

Bruno Schönlank.

### „Das siebente Gebot“

Nur wenige Tage trennen uns noch vom Tage des Volksentschleids, von dem Tage, an dem die Entscheidungsschlacht geschlagen werden wird zwischen deutschem Volksrecht und abfchewwürdiger Fürstengier. In diesem Kampfe wird es hart auf hart gehen, da dem stahharten Willen eines durch die fürstliche Maßlosigkeit verbitterten und bis ins Innerste gestroffenen Volkes die alle Grenzen überschreitende Verlogenheit reaktionärer Fürstentödlinge entgegensteht. Der Kampf ist schwer, bitter-schwer, aber er wird uns... den Sieg bringen... und denen die Abrechnung, die den Millionen deutscher Volksgenossen das Brandmal unehelicher Gesinnung aufdrücken wollen, ... der Kirche und ihren Vertretern!

Ja, ja die Kirche, die fürstlich-kristliche Kirche! Hören wir einmal, was diese Kirche zum Volksentscheid sagt. In einem pietätvollen Kirchenblatt steht folgende in ihrer Eindeutigkeit getragene schamlose Epistel:

Als Termin für den Volksentscheid über das vom Reichstag abgelehnte Enteignungsgesetz ist der 20. Juni angesetzt worden. Da wird also das deutsche Volk darüber zu entscheiden haben, ob eins der unveräußerlichen sittlichen Gebote, das siebente Gebot nämlich mit seinen lapidaren Worten „Du sollst nicht stehlen!“ noch fürderhin in Geltung bleiben

soß oder nicht? Mit anderen Worten, ob unser Volk zu seinem „Begehren“ stehen will oder zu seinem Gewissen. Wir Christen kennen keinen anderen sittlichen Grundfah als die Herrschaft des an Gott gebundenen Gewissens über das Begehren. Will unser Volk mit diesem Grundfah brechen? Dann werden auch andere, alle möglichen Begehren und Begierden über unser Volk Herr werden, und es wird aufhören, sittliche Volksgemeinschaft zu sein.

Man kann der Kirche dankbar sein für diese offene Erklärung, die für jeden aufrechten sich seines Rechts bewußten Deutschen wie eine... Ohrfeige wirkt. Aber der 20. Juni wird ihr auf diese Diebstahlsbechtigung die wohlverdiente Quittung geben und ihr zeigen, daß sie nicht ungestraft dem Volke die Ehre nehmen kann. Der Schimpf, den die Kirche dem Volke, das nach Recht und Billigkeit das ihm zugefügte „gottesgnädige“ Unrecht abwehren will, durch die Entgegenhaltung des siebenten Gebotes ausspricht, bleibt ihr unvergessen.

Die 12 1/2 Millionen deutscher Männer und Frauen sind keine Diebe und Räuber, sie protestieren gegen diese schamlose Unterstellung und werden am 20. Juni beweisen, daß außer ihnen weitere Millionen den Diebstahl am Volk nicht dulden werden. Ja, ja, liebe Pastoren: Ihr sollt nicht stehlen... dem Volke das ehrliche Recht.

Ihr sollt nicht stehlen... dem Volke das ehrliche Gewissen!  
Ihr sollt nicht stehlen... dem Volke den ehrlichen Namen!  
K. W.

### Gautagung der Arbeitsinvaliden

Der Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands hatte nach Neumünster eine Konferenz der Ortsgruppen Schleswig-Holsteins und Lübecks einberufen. Die sehr gut besuchte Konferenz wurde nach einigen guten Gesangsvorträgen des Gewerkschaftsängers Neumünster vom Kreisleiter Koll. Blase, Kiel, eröffnet. Er teilte mit, daß die Teilung des Gaues Norddeutschland, welche in Hamburg beschlossen wurde, jetzt die Zustimmung des Hauptvorstandes gefunden habe, und begrüßte die Delegierten des neuen Gaues. Sämtliche Ortsgruppen waren vertreten. Als Vertreter des Hauptvorstandes war Koll. Wächter, Berlin, erschienen, sowie Vertreter der Kriegsbeschädigten, der SPD., der KPD. und der Arbeiterwohlfahrt. Ein Vertreter des Städtischen Wohlfahrtsamtes war nicht erschienen.

Nach Annahme der vorgelegten Tagesordnung sprach Koll. Wächter, Berlin, über das Thema: „Der jetzige Stand der Sozialversicherung und der Fürsorge.“ Redner brachte zum Ausdruck, daß in der neuen Novelle zur Reichsversicherung nirgends von einer Erhöhung der Invalidenrente die Rede ist, sondern sie sich nur mit einigen Verbesserungen auf Kosten der Renteneinpänger befaßt. Der Begriff uneheliche Kinder fällt fort und die Kinderzulage soll einheitlich bis zum 21. Lebensjahre für alle Versicherungen gezahlt werden, wenn sich das Kind noch in der Ausbildung befindet und unentgeltlich unterhalten wird. Das bedeutet, daß, während bisher ohne Rücksicht auf die Ausbildung die Waisen- bzw. Kinderzulage in der Invaliden- und Angehörtenversicherung bis zum 18. Lebensjahre bezahlt worden

ist, dieses mit 15 Jahren aufhört, denn ein Invalide bzw. eine Witwe ist nicht in der Lage, von der fargen Unterstützung noch die Ausbildungskosten zu tragen, sondern die Kinder sind gezwungen, gleich mit zu verdienen; eine Verbesserung, welche nur auf dem Papier steht. Die Verbesserung bedeutet, daß auch den Invalidenempfängern die volle Kinderzulage gezahlt wird. Untere Aufgabe muß es sein, bei der bevorstehenden Beratung im Reichstage die Verordnung in unserem Sinne umzugestalten. Das umstrittene, vom Reichstag angenommene Gesetz über Nichtanrechnung von 270 Mark jährlich auf die Sozialrente soll jetzt endgültig durch die Verordnung über Änderungen in der Fürsorgepflicht, welche Gesetzeskraft erhalten soll, ersetzt werden. Diese Verordnung vom 7. September 1925 verpflichtete die obersten Landesbehörden oder die von ihr ernannten Stellen, Unterstützungsrichtsätze festzulegen und den Sozial- und Kleinrentnern in der Regel einen um ein Viertel höheren Richtsatz zu gewähren. Die Verordnung ist viel sabotiert worden oder durch Herabsetzen der Richtsätze keine Erhöhung eingetreten. Da das jetzt beschlossene Gesetz undurchführbar gewesen wäre, so mußte der Hauptvorstand versuchen, in dem neuen Gesetz möglichst viel herauszuholen. Nach sehr schweren Kämpfen ist es ihm gelungen, eine Bestimmung in das Gesetz mit aufzunehmen, die besagt: Gegen Ablehnung der Fürsorge sowie gegen Festlegung ihrer Art und Höhe muß Beschwerde zugelassen werden. Bei der Durchführung der Fürsorge muß wenigstens in einem Rechtszuge, sowie bei der Aufstellung von Richtlinien und Richtsätzen die Beteiligung von Fürsorgeberechtigten gesichert sein. An Stelle von Fürsorgeberechtigten können auch Vertreter derselben, insbesondere solche ihrer Vereinigung oder von Vereinen, die Hilfsbedürftige betreuen, herangezogen werden.

An uns liegt es jetzt, mit dafür zu sorgen, daß sich die Gesetzesbestimmungen in der Praxis auswirken. Zeigen wir, daß wir fähig sind, mitzuarbeiten, dann werden außer dem Erreichten weitere Erfolge erzielt werden. Die Neuregelung der Reichsarbeiter-Pensionen ist auch abgeschlossen, und sind unsere Wünsche fast alle erfüllt worden. Die Regelung ist in Druck gegeben und wird den Ortsgruppen zugestellt, so daß in den nächsten Versammlungen die neuen Bestimmungen bekanntgegeben werden.

Der Geschäfts- und Rassenbericht des alten Kreisvorstandes wurde gelesen und dem Vorstände Entlastung erteilt. Die Mitglieder- sowie die Ortsgruppenzunahme wurde hervorgehoben und zum Ausdruck gebracht, daß die Gantleitung gewillt ist, alles für die Ausbreitung des Verbandes zu tun. Die Gantleitung wurde aus nachstehenden Kollegen gebildet: Gantleiter Blase, Kiel, Bonifazstraße 52, Stellvertreter Schröder, Ellerbek, Schriftführer Gerhardt, Preles, Kassierer Schmidt, Kiel, Christianstraße 13. Als Revisoren wurden die Kollegen Hansen, Neumünster, und Wasowski, Schleswig, bestimmt. Von einer Bildung von Kreisen wurde mit Ausnahme von Lübeck vorläufig Abstand genommen.

Als Delegierte zum Verbandsstag wurden die Kollegen Kalks, Lübeck, Schmidt, Kiel, und Nießen, Wandendorf, gewählt. Als nächster Tagungsort wurde Flensburg bestimmt. Mit der Aufforderung, für Ausbreitung des Verbandes Sorge zu tragen, wurde die gutbesuchte Konferenz geschlossen.

**Wettbewerb zur Erlangung eines Ausstellungspalates.** Der Lübecker Handwerkerbund beabsichtigt, im Herbst d. J. in der neuen Ausstellungshalle vor dem Hofstentor eine Ausstellung des Lübecker Handwerks zu veranstalten. Zur Erlangung eines Palates für diese „Lübecker Handwerkschau“, abgefaßt „Lüha“, erläßt der Handwerkerbund ein Preisanschreiben, zu dem alle Mitglieder des Lübecker Handwerkerbundes sowie die bei solchen beschäftigten Arbeitnehmer zugelassen sind. Näheres ist aus dem Inserat zu erfahren.

**Berichtsbericht der Deutschen Luft-Hansa vom 15. Juni.** D 896, Führer Witte, hatte von Malmö-Kopenhagen kommend 5 Passagiere nach Lübeck und 3 Passagiere nach Berlin an Bord. In Travemünde stiegen 3 Fluggäste nach Berlin ein. Dieselbe Maschine unter demselben Führer brachte am Nachmittag von Berlin 1 Passagier nach Lübeck und 4 Fluggäste nach Malmö. Die erst kürzlich aufgenommene neue Luftverkehrsstraße von Stockholm nach Helsingfors macht sich auch auf anderer Strecke durch erhöhte Luftpostbenutzung fühlbar. Täglich kommen Postsendungen und Postkade von und nach Helsingfors auf Flughafen Travemünde an oder gehen im Durchgangsverkehr weiter nach Berlin, ein Beweis, wie schnell der moderne Kaufmann sich die Vorteile unserer neuzeitlichen Verkehrsmittel zunutze macht.

**Der Balkonwettbewerb des Gartenbauvereins** hat bereits für die Festwoche der 700-Jahr-Feier recht erfreuliche Erfolge ge-

## Oeffentliche Frauen-Versammlung

Freitag, den 18. Juni, abends 8 Uhr  
im Gewerkschaftshaus  
Frau Reichstagsabgeordnete  
Johanna Reitze, Hamburg

spricht über den  
**Volksentscheid und die Frauen**  
Einberufer:  
**Sozialdemokratische Frauen Lübecks**

## Künstlerische Ehrengaben an die Stadt Lübeck

Von amtlicher Seite geht uns folgender Bericht zu:

Die Stadt Lübeck darf stolz sein auf die vielen Ehrungen, die ihr zu ihrem Jubelfeste zuteil geworden sind. Viel Achtung, Anerkennung und Liebe äußert sich in der Fülle der graphischen und plastischen Kunstwerke und kunstgewerblichen Erzeugnisse, die ihr aus dem In- und Auslande überreicht worden. Städte, Körperschaften und Personen meisterten, der großen Vergangenheit der Stadt zu huldigen und die Wertehaltung zum Ausdruck zu bringen, die man auf die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu Lübeck legt. Den freundlichen Gebern sind wir es aber auch schuldig, ihre Grüße und Gaben vor der Öffentlichkeit in das rechte Licht zu stellen. Denn die ganze Bevölkerung hat Anteil an dem, was der Stadt entgegengebracht wird. Darum sind, wie wir bereits berichtet konnten, die Ehrengaben in der Eingangshalle des St.-Annen-Museums für einige Zeit ausgestellt (mutmaßlich bis zum 18. Juli). Und aus dem Grunde soll hier eine Aufzählung der Glückwünsche und eine kurze Würdigung der bemerkenswertesten erfolgen, damit auch diejenigen aufmerksam werden, die bisher noch nicht den Weg zur Betrachtung der Gegenstände gefunden haben. In alphabetischer Folge haben nachstehende Stellen Ehrenurkunden oder Ehrengaben überreicht:

1. Stadt Altona (Elbe)
2. Stadt Bergen (Norwegen)
3. Hanseatisches Museum Bergen (Norweg.)
4. Freie Stadt Danzig. Silberner Pokal
5. Stadt Dortmund
6. Stadt Gothenburg (Schweden)
7. Frau Emma von Großheim
8. Freie und Hansestädte Hamburg und Bremen. Große St. Jürgengruppe in der Katharinenkirche.
9. Stadt Helsingfors
10. Finsta angfariggs attiebolaget zu Helsingfors
11. Lübecker Landsleute zu Helsingfors. Großes Gemälde der Stadt Helsingfors.
12. Stadt Kiel. Bronzenes Schaustück.
13. Stadt Kopenhagen
14. Börse zu Kopenhagen. Bronzenes Schaustück.

15. Kreis Herzogtum Lauenburg. Alter Zinnpokal nebst Gedicht.
16. Stadt Lauenburg
17. Stadt Lüneburg. Vorzugsausgabe des Werkes „Das Lüneburger Rathaus“.
18. Stadt Malmö
19. Städte Münster (Westfalen) Dortmund und Soest
20. Stadt Oslo
21. Stadt Reval
22. Große Gilde zu Reval
23. Die drei Gilden zu Reval und die deutschen Familien in Estland. Nachbildung eines großen mittelalterlichen Altarbildes.
24. Die durch das Börsekomitee vertretene Kaufmannschaft zu Reval
25. Stadt Riga
26. Große Gilde zu Riga
27. Kompagnie der Schwarzen Häupter zu Riga
28. St.-Johannisgilde zu Riga
29. Kaufmannstammer zu Riga
30. Börsekomitee zu Riga
31. Herdergesellschaft zu Riga
32. Seestadt Rostock
33. Schönerische Handelskammer
34. Stadt Stockholm
35. Handelskammer zu Stockholm. Miniaturbildnis König Karls XIV.
36. Stadt Stralsund. Nachbildung eines großen mittelalterlichen Gemäldes der Stadt Stralsund
37. Stadt Wisby
38. Seestadt Wismar
39. Stadt Wittstock an der Dosse.

Die in feierlicher Form enthaltene bedeutende Gabe, die ausgezeichnete Nachbildung der großen St. Jürgengruppe Hermen Rodes aus der Stockholmer Hauptkirche, womit die Schwedische Städte Bremen und Danzig einen vornehmen Beweis ihrer Verbundenheit gaben, und für deren Zustandekommen wir auch der Stockholmer Kirchenverwaltung großen Dank schulden, ist bereits an anderer Stelle gewürdigt worden.

Die Zahl der übrigen Geber läßt erkennen, wie nicht nur in der engeren Nachbarschaft und den alten Hansestädten des Deutschen Reiches, sondern in hohem Maße in den Verkehrsstädten überseeischer Länder und ganz besonders in den hanseatischen Städten, man in diesen Tagen mit reger Anteilnahme

nach Lübeck hinblickt, ja, wie in den deutschblütigen Kreisen des Baltikums die angestammte Kulturgemeinschaft mit den Hansestädten noch heute geradezu eine Lebensader bildet. Wie viele künstlerische Grüße sind allein aus Riga und Reval eingetroffen, und wie stark betont jeder einzelne die gemeinsame Tradition durch Wort und Bild! Reval verfügt auf seinem Hermen-Rode-Altar über das älteste Stadtbild von Lübeck. Kein jünnreißendes Geschenk konnte der Stadt gemacht werden, als die wertvolle, prächtige Kopie dieses würdigen Stücks. Aus Riga sind alle sieben Adressen überreicht worden. Die lettische wie die estnische Hauptstadt grüßt durch ihren Magistrat, durch ihre Kaufmannschaft, der an den heutigen Handelsbeziehungen gelegen ist, wie durch ihre Korporationen, die wie einst die Kollegien in Lübeck verfassungsmäßigen Charakter haben. Eine ähnliche Stellung, wie vor dem die Lübecker Zirkelbrüder und die Kaufleutekompagnie nehmen dort die Große Gilde und die Schwarzen Häupter ein, die St. Johannisgilde gleicht den vier großen Ämtern. Und wenn wir hier die Gemeinnützige Gesellschaft haben und den Hanseischen Geschichtsverein, so vertritt in Riga die Herdergesellschaft die alte deutsche Kulturtradition.

Städte und Handelskammern der befreundeten Nachbarationen wünschen in warmen Worten den für beide Seiten wichtigen Fortbestand der wirtschaftlichen Beziehungen. Von manchen wird für die geschichtliche Bedeutung Lübecks als alten Kulturmittelpunktes Verständnis bekundet. Es verdient besondere Anerkennung, wenn die Stadt Kopenhagen über die alte Begrenzungsmauer der Hanse und Dänemark nicht hinweggleitet, sondern es ehrlich ausspricht: wir waren bald Freund, bald Feind, öfter sogar Feind — um so aufrichtiger wirkt dann auch der Wunsch, jordan freundschaftlich zusammenzuarbeiten. Die Stockholmer Handelskammer gibt feinsinnig ein Bildnis des schwedischen Königs, der erst als napoleonischer General und dann als Befreier in Lübecks Mauern einzog. Ein feines kleines Kunstwerk ist das Schaustück der Kopenhagener Börse, das den Namenszug des heutigen Dänenkönigs darstellt. Neben der Stadt Bergen fehlt unter den Gratulanten nicht das Hanseatische Museum, das heute die Hanseische Geschichtsforschung weiterleitet und der deutschen Forschung schon manchen wertvollen Dienst geleistet hat. Schon manches Mal haben wir Deutschen in den letzten Jahren Beweise der Verbundenheit Finnlands erhalten. Es sei nur erinnert an die ehrende Adresse, welche finnische Studenten nach der Nordischen Woche überreichten. In Finnland hat Lübeck einen treuen Handelsfreund im Nordosten. Darum sind auch so viele Lübecker in Helsingfors anständig geworden. In diesen Tagen

# Neues aus aller Welt

## Furchtbare Unwetter in Deutschland

### Die Gesolei durch Hochwasser gefährdet?

Wie das „Reichenbacher Tageblatt“ meldet, ist das Reichenbacher Industriegebiet von starken Ueberflutungen und schweren Unwettern besonders heimgegriffen worden. In Großguth gingen Wollenbrüche und Hagelschlag nieder, welche die Gesteine zum Teil vernichteten. Die Feuerwerke des Ortes mußte den Bewohnern zu Hilfe eilen. Die Bäche sind über die Ufer getreten und haben weite Dorfgeräumungen unter Wasser gesetzt.

Wie die „Breslauer Neuesten Nachrichten“ aus Ratibor melden, verursachten die am Sonntag nachmittag über dem südlichen Teil der Kreise Ratibor und Leobschütz niedergegangenen schweren Gewitter mit wolkenbrüchigem Regen ungeheuren Schaden. In kurzer Zeit standen ganze Ortschaften unter Wasser. In Kranowitz wurden die tieferliegenden Straßen unter Wasser gesetzt. Die noch nicht eingebrachte Heuernte ist vollkommen vernichtet. Auch die Getreidefelder haben großen Schaden erlitten. Gegen Staubewirkung drängte eine etwa 1 1/2 m hohe Flutwelle, die eine Brücke mit sich riß. Es ist viel Vieh in den Fluten umgekommen.

Die Meldungen über das Steigen des Oberrheins haben in Düsseldorf besondere Beunruhigung hervorgerufen, da bei einem weiteren Steigen des Rheinhochs die große Ausflutung (Gesolei) gefährdet ist, die bereits bei dem letzten großen Hochwasser im Dezember bis zu einem Meter unter Wasser stand. Der Rhein ist um 22 Zentimeter hier gestiegen und erreichte einer Pegelstand mit 3,64 Meter. Besondere Hochwasser-Gefahr besteht damit für den Niederrhein noch nicht.

Ein schwerer Gewittersturm, der den ganzen mittleren Westen Amerikas heimsuchte, hat einen Schaden von zwei Millionen Dollars angerichtet.

## Grubenunglück bei Essen

### 33 Bergleute verlegt.

Das preussische Oberbergamt teilt mit: Auf der Schachtanlage Langebrunn 2 bei Essen hat am Montag bei der Einfahrt der Morgenfahrt ein Uebertreiben der Förderkörbe stattgefunden. Der aufwärtsgehende leere Korb ist gegen die Seilscheibe gezogen und der abwärtsgehende, der mit 50 Mann besetzt war, heftig in die im Schachtpumpf verdrichteten Spurrillen gelehrt worden. Hierbei sind sieben Bergleute so verlegt worden, daß sie ins Krankenhaus geschafft werden mußten. Die Verletzungen sind nicht schwerer Natur. 26 Mann haben Verletzungen und Quetschungen leichter Art erlitten. Die Förderseile sind in dem Uebertreiben nicht gerissen, dagegen ist anscheinend bei dem Anrall auf die Seilscheibe das Unterseil von dem abwärtsgehenden Förderkorb abgerissen worden.

## Ein neuer Riesenzepplin

wird nach den Plänen Dr. Ekeners in der Friedrichshafenener Werft in Angriff genommen. Die Aufhebung der „Begriffsbestimmungen“ ermöglicht es der Werft, an die Konstruktion eines Neubaus zu gehen, der alle bisherigen Zepplintypen übertrifft wird. Das neue Luftschiff, das die Werftnummer N. 3. 127 tragen wird, soll einen Rauminhalt von 105 000 Kubikmeter erhalten und damit um die Hälfte größer werden als die in Amerika abgelieferte „Los Angeles“. Die Maschinenanlage wird, wie bei allen bisherigen Zepplinluftschiffen, wieder von den Maybach-Motorenwerken gestellt und bringt hinsichtlich des zu verwendenden Brennstoffes eine bahnbrechende Neuerung. Es soll an Stelle des stark explosionsgefährlichen und zudem schweren Benzins ein Gas als Brennstoff verwendet werden, das ein Chemiker des „Luftschiffbau Zepplin“ erfunden hat. Die praktische Erprobung dieses Gases hat zu äußerst zufriedenstellenden Ergebnissen geführt. Nach dem Abschluß der Versuche mit dem neuen Brennstoff soll an die Konstruktion des eigentlichen Luftkörpers gegangen werden, so daß der neue Riesenzepplin zum Herbst 1927 fertiggestellt sein wird.

Nach drei Jahren einen Noth eingehanden hat in Schmach den Namen der Dampfschiffahrt der Grundbesitzer Pöppel, der seinerzeit keinen Nachbarn Janson wegen Grenzstreitigkeiten meuchlings ergriffen hat. Er wurde festgenommen und der Staatsanwaltschaft übergeben.

Der amerikanische Barenhauskönig Filene, der alljährlich mit dem ersten Sommerdampfer aus Boston nach Europa kommt, ist in den letzten Tagen wieder in Deutschland eingetroffen. Filene will keine diesjährige Europareise dazu benutzen, um eine internationale Zentralfirma für die „internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Rationalisierung der Produktion“ ins Leben zu rufen.

Der Dichter des „Fröhlichen Weinbergs“, Carl Judmayer, hat eine Komödie „Schinderhannes“ vollendet, die einen Stoff aus der historischen Vergangenheit seiner rheinischen Heimat behandelt. Die Uraufführung des neuen Wertes soll im kommenden Herbst wieder in Berlin erfolgen.

Ein Denkmal für Sarah Bernhardt, die berühmte, vor dem Kriege auch in Deutschland sehr bekannte französische Tragödin, wurde kürzlich in Paris enthüllt. Die Künstlerin ist als Phädra in dem gleichnamigen Trauerspiel von Racine, das Schiller einmal für die deutsche Bühne bearbeitet hat, dargestellt.

Den Welthungererfordernissen hat ein Wiener Hungerkünstler namens Michellly, der jetzt nach 53tägigem Hungern seinen Glaskasten verlassen hat. Der Reingewinn Michelllys dürfte nach Abzug aller Steuern und sonstiger Abgaben 30 bis 40 Millionen Kronen betragen.

Zusammenstoß in der Luft. Dem Mainzer Journal zufolge ereignete sich bei Gonsenheim ein schweres Flugzeugunglück. Bei einer Luftübung, an der zehn französische Flugzeuge teilnahmen, stießen zwei Flugzeuge in der Luft zusammen und stürzten ab, wobei zwei Franzosen tödlich verunglückten.

Die deutschen Fremdenstädte. Als Fremdenstadt steht in Deutschland Berlin an der Spitze. Es hat nach dem „Deutschen Hotelführer“ in Hotels 11 000 Betten, dazu noch in Pensionen und 10 000 weiteren Betten. Nach Berlin folgt München mit 5200 Betten und Wiesbaden mit 4800 Betten, das damit Hamburg mit seinen 4500 Betten noch übertrifft. Weiter folgen Frankfurt a. M. mit 3500, Baden-Baden mit 3100, Dresden mit 3050, Köln mit 2600, Leipzig mit 2500, Breslau und Bremen mit je 1500, Düsseldorf mit 1300, Heidelberg mit 1150, Hannover mit 1100 ab Essen und Kassel mit je 1000 Betten. Die anderen Städte weisen weniger als 1000 Betten auf.

## Der Mordprozess Gerth

Das Schwurgericht des Landgerichts 2 in Berlin hatte sich, wie bereits kurz gemeldet, in dreitägiger Verhandlung mit dem Prozess gegen den Schutzpolizeiwachmeister Bruno Gerth erneut zu beschäftigen, nachdem der erste Prozess im Dezember 1924 ein unerwartetes Ende gefunden hatte. Für die ganze Dauer der Verhandlung war die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Die Tat Gerths stellt sich kurz folgendermaßen dar: Gerth lernte in der Nacht zum 23. Februar 1924 die Witwe Trautmann und ihre Mutter auf der Straße kennen, traf mit ihnen ein geringes Quantum Alkohol und folgte ihnen in ihre Wohnung. Dort ermordete er zunächst Frau Trautmann und dann ihre Mutter, worauf der Täter an den beiden ermordeten Frauen seine sexuellen Lüste befriedigte. Am nächsten Morgen wurde die Tat entdeckt, sie wurde sofort als ein Segen über die schwersten und seltensten Art erkannt, und es dauerte nur kurze Zeit, bis man den damaligen Schutzwachmeister Bruno Gerth als Täter gefaßt hatte. Bruno Gerth ist noch nicht 30 Jahre alt. Bis zu seiner Tat galt er als guter Mensch und ordentlicher Beamter, der sich des Wohlwollens aller derer erfreute, die ihn kannten. Der Verdacht, daß Gerth die Tat in geistiger Umnachtung begangen hatte, tauchte damals schon auf, zumal da er als ein durchaus ordentlicher Mensch bekannt war, der nur, wenn er ganz geringe Mengen Alkohol zu sich nahm, seltsame Krampfanfälle und Erregungszustände bekam. Gerth selbst verschwiegte diese Krankheitserscheinungen, aber er verschwieg auch andere sexuelle Anomalien, unter denen er außerordentlich schwer litt.

Der erste Prozess gegen Gerth fand ein unerwartetes Ende. Gerth hatte sich in der Verhandlung aufs äußerste selbst belästigt. Das Gutachten der beiden medizinischen Sachverständigen, der Medizinalräte Störmer und Straßmann, verneinte das Vorliegen des Strafausschließenden § 51. Nur der Verteidiger Gerths setzte durch Mandatsniederlegung durch, daß die Verhandlung vertagt wurde. Zweifelloser erging Gerth dadurch einzig und allein dem zweifachen Todesurteil. Nunmehr bemühten sich die medizinischen Kapazitäten des Falles. Gerth wurde in einer Irrenanstalt interniert, wo Alkoholexperimente mit ihm gemacht wurden. Der gerichtsarztliche Anschluß der Stadt Berlin kam in einem fünfzig Seiten umfassenden Gutachten zu dem Ergebnis, daß Gerth die beiden Morde in einem alkoholischen epileptischen Zustande ausgeführt habe. Dem Gericht genügte dieses Gutachten noch nicht. Es beauftragte den preussischen Landesgesundheitsrat mit neuen Untersuchungen. Professor Bonnhöfer von der Charité und Professor Förster (Greifswald) nahmen sie vor und kamen zu dem gleichen Resultat wie der gerichtsarztliche Anschluß.

Zwei und ein Viertel Jahr sah indessen der Angeklagte Gerth in Haft. Er bespürte keine Reue über seine Tat, hat nur bruchstückweise klare Vorstellungen von ihr, die er durch phantastische Ergänzungen miteinander verbindet.

Die jegige zweite Verhandlung brachte kaum neue Momente zutage. Der Angeklagte trug fast völlige Gleichgültigkeit zur Schau, die ihn auch nicht hinderte, sich in manchen Punkten erneut zu belästigen. Die Sachverständigen hielten ihre bereits erwähnten Gutachten aufrecht. Der Staatsanwalt beantragte wegen doppelten Totschlags 12 Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust. Das Schwurgericht verkündete nach mehrstündiger Beratung ein freisprechendes Urteil auf Kosten der Staatskasse. Der Vorsitzende gab zu dem Urteilspruch folgende Begründung:

Das Gericht konnte bei der Schuldfrage sich nicht lediglich von seinem inneren Empfinden leiten lassen, sondern hatte den Bestimmungen des Strafgesetzbuches Rechnung zu tragen. Die Tat ist schuldig. Sie empört das menschliche Empfinden auf das Höchste. Das Gericht mußte schon bei begründeten Zweifeln der Zurechnungsfähigkeit zur Verneinung der Schuld kommen. Die Zurechnungsfähigkeit ist genau und angestrengt geprüft worden. Hier mußte der Richter mit dem Arzt zusammenarbeiten. Man kann nicht den Arzt einfach beiseite schieben und sagen: „Gau ist alle Theorie“. Dieses Dichterwort spiegelt nicht die eigenen Gedanken Goethes wider, sondern ist Mephisto in den Mund gelegt. Man möchte auch die nachfolgenden Worte beachten: „Der Geist der Medizin ist leicht zu fassen.“ Das sind Worte, berechnete, einen jungen Mann auf das Glatteis zu führen. Mit diesen Worten kann man nicht operieren. Die Wissenschaft kann nicht an die Wand gedrückt werden. Sie muß Beachtung finden und hat sie beim Gericht gefunden. In ihren Ansichten waren die Sachverständigen zwiespältig, aber das Gericht hat sich mit diesen Gutachten abfinden müssen. Es hat nicht die volle Ueberzeugung gewonnen, daß der Angeklagte zur Zeit der Tat unzurechnungsfähig gewesen ist, jedoch hat es angefaßt dieser Gutachten begründete Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit haben müssen. Wenn Autoritäten auf dem einschlägigen Gebiet der Psychiatrie für § 51 ausgesprochen haben, so konnte das Gericht nicht liegen, daß es mehr von der psychiatrischen Wissenschaft verstände. Trotz der Schwere der Tat mußte das Gericht den Angeklagten daher freisprechen. Die Folge davon ist der weitere Befehl: Der Angeklagte ist aus der Haft zu entlassen. Wenn der Angeklagte aber aus dem Arm des irdischen Richters entzogen wird, so bleibt er in den Händen der Ärzte, die die Verantwortung dafür tragen, ob der Mann wieder von der bürgerlichen Gesellschaft aufgenommen werden kann.

Der Angeklagte blieb bei der Verkündung des Urteils vollkommen gleichgültig. Er wird jetzt der Landespolizei übergeben werden, die ihn als gemeingefährlich einer öffentlichen Irrenanstalt überweisen wird. Ob er jedoch dort lange verbleiben wird, hängt von den Anstaltsärzten ab. (Zsf. Jg.)

gestigt. Auch sonst ist das Interesse dafür durch Stiftung zahlreicher Ehrenpreise, darunter ein solcher des Senats, recht reger. Um nun allen denen, die vielleicht durch die Vorbereitungen für die Festtage daran gehindert wurden, noch Gelegenheit zur Anmeldung zu geben, ist der Anmeldeeschluß auf Sonntag, den 20. Juni festgesetzt worden. Anmeldeformulare: Breite Straße 65, I.

**Hansa-Theater.** Man schreibt uns: Heute, Mittwoch, abends 8 Uhr, beginnt im Hansa-Theater der große internationale Ringer-Meisterschaft der Meisterschaften um den großen Lübecker 700-Jahr-Preis, der unter Leitung und Kontrolle des Internationalen Ringer-Verbandes steht. Die Konkurrenz ist von dem ungefähr 180 Mitgliedern zählenden Verband aufs sorgfältigste zusammengestellt und wird von den Vertretern des Verbandes aufs peinlichste überwacht. Der Verband gibt beispielsweise einige deutsche Ringer nach Spanien, Italien, Amerika usw. ab, die wiederum hervorragende Ringer nach Deutschland senden. Auf diese Weise wird den deutschen Ringkämpfern die ausländische Muskelei zuteil. Und das ist viel wert. Sehr zu begrüßen ist noch die Neuerung des Reglements, wonach alle Kämpfe vom ersten Tage an gleich bis zur absoluten Entscheidung ausgetragen werden. Als unentschieden kann ein Kampf nur dann abgebrochen werden, wenn im Verlaufe des Kampfes die Theaterkassette eintritt, welche um 11 Uhr festgesetzt ist. Ein auf diese Art abgebrochener Kampf gelangt an einem der nächsten Tage bis zur absoluten Entscheidung. Die Paare, welche miteinander zu ringen haben, werden auf der Bühne ausgelost, somit haben wir schon in den ersten Tagen gleich auf große Entscheidungskämpfe zu rechnen. Es werden täglich drei Entscheidungen angefaßt. Vorher wird ein Braut-Ballet-Programm geboten. Um zu großen Andrang an den Abendfassungen zu vermeiden, wird empfohlen, die Vorverkaufsstellen in den Zigarrengeschäften Buse, Breite Straße 55, und Müller, Hoissenstraße 42, zu benutzen.

**Rückzug.** Volksentscheid. Donnerstag, den 17. d. M. ist bei Diefelmann die zweite Versammlung zum Volksentscheid. Arbeiter und Angestellte, erscheint zahlreich in dieser letzten wichtigen Versammlung vor der großen Abstimmung. Jeder Klassenbewußte Arbeiter und Arbeiterin muß unabhängig für den Kampf um das Volkswohl werben. Sämtliche aufzuteilen und aufzurufen. Die Arbeitervereine müssen ihren Mitgliedsbern zur Pflicht machen, zu werben, zu helfen, wo es auch immer sei. Sie müssen sich jetzt alle als Klassenbewußte Arbeiter zeigen. Deshalb sei jeder freudig zur Stelle, wenn die Pflicht ruft. Alle diejenigen, die am Sonntag mit helfen wollen, bleiben Donnerstag zu einer Besprechung nach der Versammlung zusammen.

## Parteienoffen, Republikaner!

Der Kampf gegen die ehemaligen Fürsten wird jetzt ausgetragen. Ungeheure Mittel sind erforderlich, um den Kampf fertig zu beenden. Der Parteivorstand hat zur Beschaffung der erforderlichen Mittel Sammelkisten herausgegeben. Ferner bieten unsere Boien Marken zu 50 Pf. an. Jede Gewiss, jeder Gewinne und jeder Republikaner muß eine Marke kaufen.

Wir ersuchen die Betriebsräte, Betriebsvereinsleute und Parteimitglieder unverzüglich die Sammelkisten im Parteisekretariat, Johannstraße 48, zu entnehmen.

Opfer müssen gebracht werden, wenn wir den Riesenraub am deutschen Volksvermögen abwehren wollen.

Der Parteivorstand.

## Alkohol-Journalle

Der Kampf gegen den Rückgang des Alkoholkonsums in Deutschland spornt die journalistischen Sachwalter der Alkoholproduzenten zu geistigen Anstrengungen, die immer mehr ins Groteske abzuweichen. So schwang sich ein phantastischer Schmod kürzlich in einem Brauwerkstatt in einem Artikel „Nach oder trocken?“ zu folgendem Vergleich zwischen Alkohol und Literatur auf:

„Ohne den bleibenden hohen Wert wirklich guter Bücher herabzumwürdigen, darf man fragen: Sind nicht mehr Gifte in zahlreichen Büchern enthalten, als in den geistigen Getränken? ... Ein einziger Roman kann Tausende von Menschen betäuben und vergiften. Das läßt sich von einem Faß Bier nicht behaupten.“

Uebershaupt: „Weg mit dem Fremdwort Alkohol! Wir haben es mit Gersten- und Traubenfaß zu tun ... Es können nicht Deutsche sein, es müssen ausländische Interessenten sein, die gegen Rheinwein und heimisches Bier Sturm laufen.“

Womit das „deutsche Gemüt“ am richtigen Zipfel erfaßt wird, wie schon in den Zeiten der Demagogentherapie, als es hieß: „Ausländer, Fremde sind es meist.“

Die unter uns gefaßt den Geist.“

Das Alkoholkapital ist nicht seine Position für schwächer ein als sie ist, wenn es seine Journalle zu solchen Sachsprüngen spornt.

landte die Stadt Helsingfors ihren Glückwunsch, und an ihre Seite trat die Finsta angfangs affektvoller. Und unsere Landsleute haben wiederum ein häusliches Gemälde ihrer neuen Heimatstadt. Die Stadt Gouzenburg sowie Wisby, die Kernstadt am Baum der deutschen Hanse, denen Lübeck selber in den letzten Jahren zu Jubiläum Glückwünsche zu senden Gelegenheit hatte, und die unsere Vertreter ehren aufnahmen, haben heute ebenfalls in der Stadt der Granulanten. Der Glückwunsch der Ehrenreichen Handelskammer gemahnt ebenfalls an eine Hauptblatseite des mittelalterlichen Verkehrs unserer Hansestadt, wie an die Interessen der Gegenwart und Zukunft.

Auch die deutschen Handelsstädte und Freunde aus der Nachbarhaft weitestern, der Travestädte durch ihre Glückwünsche aufmerksames Verständnis zu bezeugen. Danzig — für uns bleibt es die deutsche Stadt, und kein hartes Besondere zum Deutschen ist uns immer wieder erhebende Jubiläum — hat seinen prächtigen Silberpokal mit einem herrlichen Segel besetzt, dem Bescheidener der Aufregung des Opfers. Straßburg, die alte Kaiserliche Residenz an der Oberrhein, widmet Lübeck die Kopie eines mittelalterlichen Wandgemäldes, welches die Stadt Straßburg von der Seeheraus an darstellt. Die Lebhaftigkeit der immerwährenden Sühnweite mit dem Fische der Stadt Lübeck legt Zeugnis davon ab, daß der gleiche Geist beide Handelsstädte geirret hat. Die brotrogene Schanzplattene der Stadt Kiel deutet hinreichend auf das Bild des Hoftheaters die Verhältnisse Lübecks nach dem Holstenlande an. Rostock hilft die Prachtstücke seines Hofes, von Prof. Dr. Reincke verfertigt und von Arthur Meiß geschmückt. Werkes über das Dänische Reich, diesen von, in dem so manchen Mal die überflüssigen Ausstellungen sind mit den ältesten heulischen verkommen haben. Der Kreis Dänemark überreicht einen alten silbernen Januspokal im Original und begleitet das Geschenk mit launigen, silbergeschmückten Versen, welche die alten Beziehungen zwischen der Hansestadt und dem Lande Dänemark festhalten in Erinnerung bringen. Ein langer Spruch der Stadt Dänemark weist auf die Schifffahrt hin. Dornum, der alte Vorort des westlichen Quartiers, wünscht zusammen mit den Städten Münster und Soest in fernem Befehlsgewalt der Hauptstadt Glück und überreicht noch einen eine schöne Adresse. Es fehlen nicht die Wünsche der besonders verbundenen Städte Rostock und Rügen. Und die große Zahl der kleineren Hansestädte wird durch eine sehr ausführliche Adresse der Stadt Wismar an der Spitze des Danks, deren Oberhaupt in mehreren Tagen ein erhellendes Verständnis für die Pläne der hanseatischen

Ueberlieferung befindet. — Private Anteilnahme äußert sich in der Glückwunschschreibung der Frau von Großheim.

Die künstlerische Ausführung der vielen Ehrenurkunden zeigt in Form, Material, Schrift und Bildhauwerk alle möglichen Spielarten: die bewegliche Pergamentrolle, das Klafat und besonders die Kasse, die Sargform. Ganz besonders vornehm und harmonisch in der künstlerischen Gestaltung ist der Glückwunsch von Oslo — von der weißen Ischettierten Einbanddecke mit den aufgelegten Signaturen über das handgedruckte Vorblattpapier bis zu den originalen Fieberzeichnungen des Textes, deren Hauptstück in der Reihe aller Landkarten das Verkehrsgebiet Lübeck-Oslo darstellt. Eine besondere eigene Note haben auch die Schriftzeichnungen der Ehrenurkunde der Stadt Stockholm. Die weiße, von Arkadenreihen besetzte Beschriftung auf weinrotem Grunde geht offenbar bewußt auf den Einfluß des skandinavischen Rokokos in der Kunst zurück. Die hohen Zeichnungen sind von goldenen Gürteln umgeben. Bei vielen der Werke muß der Künstler behaupten, daß er nicht in der Lage ist, Einband und Schrift zugleich zu zeigen. Würdig in der Schrift stellen sich die Rigaer Urkunden dar. Die umfangreiche zweisprachige Adresse der Stadt Riga zeigt in ihren mit hübschen Farben aufgetragenen silbernen Randzeichnungen, worunter die Silber der beiden Städte hervorgehoben sind, ein eigenartiges Lokalkolorit. Aus künstlerischer Ursache des Revolver Orientamentes. Entschieden nordischen Charakter tragen auch die Ehrenurkunde der Stadt Malmö mit ihrem rot-goldenen Schmaud und die prächtige geschmückte Schrift der Helsingfors. Kraftvoll äußert sich ein zeitgemäßer Stil in Schrift und Wappen der Rolle von Altona. Die Wappentafel zeigt eine außerordentlich gute und abgeglichene Wappenschreibung auf, während der Spruch der Wappentafel auf jede Aufmachung verzichtet und durch ein gutes Schriftbild auf künstlerischem Pergamentblatt eine vornehmliche Wirkung erzielt. Fern weist auch das Schriftbild der Stadt Riga mit seinen silbernen Wappentafeln.

Wer für Schriftkunst Verständnis hat, kann bei der Betrachtung dieser Städte keine Freude haben. Die Urkundenstücke haben durch diese Adressen eine wertvolle Bereicherung erfahren, zumal gerade auf diesem Gebiete hier bis jetzt noch kein etwas vorhanden war. Allen Geboren in die Stadt zu herzlichem Danke verpflichtet, und der Senat wird nicht verfehlen, diesem Danke noch gegenüber jedem einzelnen den geliebten Ausdruck zu verleihen. G. F.

# Angrenzende Gebiete

## Provinz Lübeck

**Schwartau-Rensefeld.** Sozialdemokratische Partei. Sitzung sämtlicher tätiger Genossinnen und Genossen am Freitag, dem 18. Juni, abends 7 1/2 Uhr im Gasthof Transpaal. Erscheinen ist unbedingt Pflicht! Der Vorstand.

**Schwartau-Rensefeld.** Sozialdemokratische Partei. Öffentliche Volksversammlung am Sonnabend, dem 19. Juni um 8 Uhr im Gasthof Transpaal. Tagesordnung: Der Volksbetrug am deutschen Volke. Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse Richter-Neumünster. Es ist Pflicht der gesamten Bevölkerung von Schwartau und Rensefeld, zu dieser Versammlung zu erscheinen.

## Hansestädte

**Hamburg.** Mit Revolver gegen den Volksentscheid. Im unterelbischen Stadtgebiet wird in den letzten Tagen vor dem Volksentscheid mit Hochdruck gearbeitet. In den verschiedenen Stadtteilen sind noch bis Sonnabend 42 Verankaltungen vorgesehen. Täglich durchziehen vom Reichsbanner gebildete Sprechchöre auf Lastkraftwagen die Stadt, um zur Stimmabgabe aufzufordern. Auch von den Fürstenanhängern wird intensiv gearbeitet. Ein Trupp solcher Leute, den Vaterländischen Verbänden angehörend, kam in der Nacht zum Dienstag mit einem von der Propaganda heimkehrenden Reichsbannerzug in Streit. Es kam zu einer Prügelei, wobei zwei Reichsbannerangehörige leicht verletzt wurden. Ein Stahlhelmann gebrauchte dabei einen Revolver und gab mehrere Schüsse ab. Wie die Polizei sehr eilig feststellte, soll der Revolverheld als Bahnbeamter zum Tragen einer Waffe berechtigt gewesen sein. Nach der Schießerei entstanden große Ansammlungen, die durch die Polizei zerstreut wurden.

## Theater und Musik

Alexander Soltwedel auf der Freilichtbühne am Wall  
Am Sonntag bei strömendem Regen muß diese Aufführung nur ein mäßiger Genuß gewesen sein, am klaren warmen Sommerabend am Montag konnte man seine Freude daran haben, zumal die Nebengeräusche von der Straße her, die am Festsonntag so störend waren, diesmal fast völlig fehlten. „Alexander Soltwedel“ behandelt die Befreiung Lübecks von der Dänenherrschaft im Jahre 1226. Der Verfasser, Studentrat Schulte, hatte seinen Schafepaar fleißig geplündert, sein Kollege Bormis mit Geschmack und viel Mühe das Stück einstudiert, und die Laienspieler sprachen die nicht immer grade flüssigen Verse laut und ausdrucksvoll. Da sah man strenge Ratsherren, Kaiser und Erzbischof und Balgereien mit bitterbösen Dänen — es war wirklich gut, daß man das Stück nicht, wie ursprünglich geplant, den nordischen Gästen zur 700-Jahr-Feier dargeboten hätte — ferner allerhand drollige Begegnungen und einen munteren Karren im bunten Gewand. Und das Schönste war das Frühlingsfest unter dem Waldbaum mit Volkstänzen und bunten Kindern, wobei das Mittelalter unbefummert, wenn auch nicht gerade stilvoll, mit dem 20. Jahrhundert durcheinander tanzte. Und das Ganze war mit sehr viel Lübecker Lokalpatriotismus durchsetzt.  
Da das Stück für eine geschlossene Bühne gedacht war, wurden die Möglichkeiten der Freilichtbühne nicht annähernd erschöpft. Unwillkürlich fragte man sich, wie sich in diesem prachtvollen „Theater der 2000“ die Darstellung eines für eine solche Bühne bestimmten wirklichen Dichtwerkes ausnehmen würde: Die breite Arena ausgefüllt nicht mit ein paar Dutzend Kindern, sondern mit Menschenmassen, von einem Künstler der Regie in dramatische Bewegung gesetzt. Die ansteigenden Ränge rings nicht nur halb besetzt, mit wohlwollendem Festspielpublikum, sondern gedrängt voll von Massen, die in leidenschaftlicher Anteilnahme etwa einem unserer großen Chorwerke lauschen, von proletarischen Sprechchören dargestellt — das könnte ein überwältigendes Erlebnis auf dieser Bühne werden. — n.

## Partei-Nachrichten

**Sozialdemokratischer Verein Lübeck**  
Sekretariat Johannisstraße 48 L. Telefon: 2422.  
Sprechstunden: 12-1 Uhr und 4-7 Uhr Sonnabends nachmittags geschlossen.

**Bürgerchaftsfraktion.** Donnerstag, 17. Juni, nachmittags 5 Uhr: Sitzung im „Roten Saal“ (Rathaus).  
1. **Distrikt.** Donnerstag, dem 17. Juni, abends 8 Uhr Versammlung der tätigen Genossen bei Stallbaum. Erscheinen Pflicht.  
2. **Distrikt.** Versammlung der tätigen Genossen am Donnerstag, dem 17. Juni, abends 8 Uhr bei Storck. — Um 7 Uhr Zettelverteilung. Alles hat zu erscheinen, da Einteilung zum Volksentscheid.

11. **Distrikt.** Donnerstag, dem 17. Juni, abends 8 Uhr, Versammlung der tätigen Genossen. Alles muß erscheinen.  
**Hr. Reinde.**  
**Moising-Reede.** Am Mittwoch, dem 16. Juni, abends 8 Uhr findet in Reede im Lokal von Denker eine öffentliche Volksversammlung statt. Gen. Waterstrat-Moising spricht über den Volksentscheid.  
Genossen die sich an der heute stattfindenden Agitationstour nach Reede beteiligen wollen, treffen sich um 7 Uhr am Zudentrafhof.  
**Moising.** Am Donnerstag findet in Hamberge eine öffentliche Volksversammlung für Hansfelde, Hamberge, Ratzbel statt. Gen. Waterstrat spricht über den Volksentscheid. Die Versammlung wird umständelhalber in der Hamberger Schule abgehalten. Die Moisinger Genossen treffen sich um 7 Uhr am Moisinger Baum.  
**Kücknig.** Am Donnerstag, dem 17. Juni, abends 8 Uhr, öffentliche Volksversammlung bei Dieckelmann. Tagesordnung: Warum Volksentscheid? Redner: Geschäftsführer H. John. Massenbesuch wird erwartet.  
**Schlutup.** Am Donnerstag, dem 17. Juni, abends 8 Uhr, öffentliche Volksversammlung. Stadtrat a. D. Schröder-Kostock spricht über „Der Volksentscheid und Fürstenabfindung“. Lokal: Weißer Schwan (Böge).  
**Borwerk.** Am Donnerstag, dem 17. Juni, abends 8 Uhr, öffentliche Volksversammlung. Geschäftsführer Th. Müller spricht über „Volksentscheid und Fürstenabfindung“. Zahlreicher Besuch wird erwartet.  
**Schönböden.** Am Freitag, dem 18. Juni, abends 8 Uhr, öffentliche Volksversammlung im Landhaus. Genosse Joh. Denker-Lübeck spricht über „Volksentscheid und Fürstenabfindung“. Keiner darf fehlen.  
**Siems.** Am Sonnabend, dem 19. Juni, abends 8 Uhr öffentliche Volksversammlung bei Schwarz. Rechtsanwalt S. Brechmer spricht über Volksentscheid und Fürstenabfindung.  
**Gr.-Grönuu.** Am Sonnabend, dem 19. Juni, abends 8 Uhr öffentliche Volksversammlung bei Kempe. Geschäftsführer J. Mainz-Lübeck spricht über Volksentscheid und Fürstenabfindung. Massenbesuch wird erwartet. Der Parteivorstand.  
**Russe.** Am Sonnabend, dem 19. Juni, abends 8 Uhr öffentliche Volksversammlung.

## Sozialistische Kinderfreunde

Donnerstag, dem 17. 6. abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Zimmer 1. Helfer-Versammlung. Erscheinen aller ist Pflicht. Der Vorstand.

## Sozialistische Arbeiter-Jugend

Abt. Helfertor. Am Mittwoch, dem 16. Juni, ist unter Heim wegen der Veranhaltung des Arbeiter-Sport-Karrens geschlossen. — Donnerstag, dem 17. Juni: Volksstanz und Außenspiele auf Buniamshof. S. Klug.

## Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Bureau: Johannisstraße 48 L.  
Geöffnet Mittwochs  
Oberleitung. Heute abend 7 Uhr Sitzung im Gewerkschaftshaus.  
Spielkarte. Am Donnerstag, dem 17. 6., abends 8 Uhr: Leben im Gewerkschaftshaus.  
5. Abteilung. Am Donnerstag abend 8 Uhr Versammlung bei Hennings. Wichtige Tagesordnung. Alles erscheinen. Der Abteilungsleiter.  
6. Abteilung. Donnerstag 8 Uhr Versammlung bei Stammer, Kronsfelder Allee. Abteilung 5a. Freitag, dem 18. ds. Ms., nachm. 6 1/2 Uhr: Antreten bei Adlershort. Alles muß erscheinen.  
7. Abteilung. Donnerstag, dem 17. 6., abends 8 Uhr Versammlung bei Dehann. Alles muß erscheinen. — Freitag abend 7 Uhr: Antreten bei der Gewerkschaftsbücherei. Erscheinen ist Pflicht. Abteilungsleiter.  
10. Abt. Freitag abend 6 1/2 Uhr alles antreten Sammelplatz. Gruppenführer anfragen.  
11. Abteilung. Versammlung Donnerstag, dem 17. Juni, 7 1/2 Uhr im Lokale Luisenpark. Alle Kameraden haben zu erscheinen. W. Raab.

## Gewerkschaftliche Mitteilungen

**Metalarbeiter-Jugend.** Donnerstag, dem 17. Juni, 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung. Um zahlreichsten Besuch bitten. Der Vorstand.  
3. d. M.-Jugend. Donnerstag, dem 17. 6. Spielen auf Buniamshof. Bei schlechtem Wetter Zusammenkunft im Heim. — Sonnabend, dem 19. 6.: Sommerfeier auf dem Primwall. Treffen 8.40 Geddesplatz. Bringt alle Freunde und Kollegen mit. Der Jugendleiter.  
**Holzarbeiter-Jugend.** Am Freitag, dem 18. d. M., abends 8 Uhr im Jugendzimmer: Letzte Besprechungen und Anmeldungen für unser Jugendtreffen in Eutin. Spätere Meldungen können nicht berücksichtigt werden. Die Jugendleitung.

## Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

In der GSK-Diele beginnt heute abend ein neues Programm, das keine besondere Anziehungskraft durch die Experimentalpsychologen Kaphor und Spahn ausüben wird. Wir haben am Montag bereits darüber berichtet und verweisen auf jene Notiz.

## Geschäftliches

Seidentritat und Ausfälle. Die empfindlichen Erüde aus diesen Stoffen reinigt man vorzüglich in kalter Perflänge. Jedes Stück, das Hores Wolfer verdrägt, wird durch letztes Drücken und Stauden in kalter Perflänge wieder wie neu und behält Form und Farbe.

## Briefkasten

**Kirchensteuer.** Die Kirchensteuer wird bei Lohn- und Gehaltsempfängern nach der Reichseinkommensteuer berechnet. Sie beträgt 11 Prozent. Bei Unverheirateten kommen insgesamt monatlich 100 Mark in Abzug. Für die Frau und Kinder erhöht sich der Abzug nach Prozenten. — 1 Mark für Gewerkschaftshausneubau.

## Wetterbericht der Deutschen Seewarte

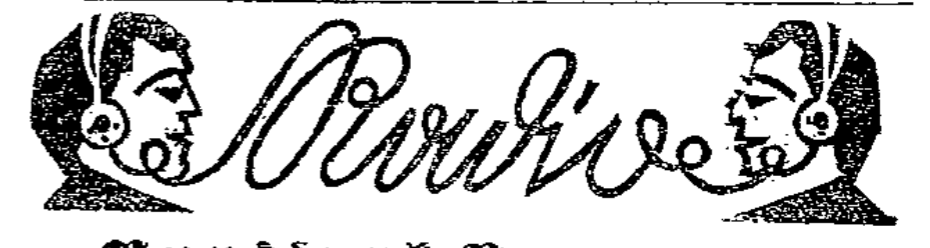
Kapitel verboten.  
Vorhersage für den 18. und 17. Juni.  
Meist schwache umlaufende Winde, keller bis wolfig, etwas wärmer, Nachlassen der zänscht noch leichter Niederbige.

## Schiffsnachrichten

**Angelommene Schiffe**  
15. Juni.  
D. Bürgermeister Lorenz, Kapt. Hammer, von Burgsteden, 4 Stb., 2 Passagiere. — M. Pelzerhafen, Kapt. Schöple, von Neuhadt, 2 Stb., 10 Passagiere. — M. Gausel, Kapt. Jantzen, von Svandborg, 3 Tg. — D. Landst, Kapt. Kruze, von Obente, 1 Tg. — M. Marie, Kapt. Jantzen, von Neuhadt, 3 Stb., 10 Passagiere. — M. Schwalbe, Kapt. Schömann, von Burg a. F., 4 Stb. — M. Tur, Kapt. Jantzen, von Obente, 2 Tg. — S. Signe, Kapt. Jantzen, von Svandborg, 1 Tg., 10 Passagiere. — M. Hulba, Kapt. Krüger, von Svandborg, 1 Tg. — D. Tektor, Kapt. de Franck, von Svandborg, 1 Tg.

**Abgegangene Schiffe.**  
15. Juni.  
M. Meta, Kapt. Sud, nach Helingsborg, Jemert. — D. Bürgermeister Lorenz, Kapt. Hammer, nach Burgsteden, Stück. — M. Carl Kuhn, Kapt. Bröter, nach Helingsborg, leer. — M. Irene Kuhn, Kapt. Hogenah, nach Svandborg. — D. Hansa, Kapt. Wulff, nach Kopenhagen, Stück. — D. Landst, Kapt. Kruze, nach Kopenhagen, leer. — D. Tur, Kapt. Jantzen, nach Kopenhagen, Stückgut. — D. Frei, Kapt. Jantzen, nach Svandborg, Stückgut. — M. Peter, Kapt. Jacob, nach Svandborg, Stückgut.

**Lübecker Marktberichte**  
Bauernbutter, Pfd. 1.70, Meiereibutter, Pfd. 1.80, Sühner, Stück 2.50-5.00, Rüben, Stück 1.00-3.00, Tauben, Stück 0.80-1.00, Gähnel, Stück 3.50-4.00, Schinken, Pfd. 1.70-1.80, Schweinskopf, Pfd. 0.90 Wurst, geräucherter, Pfd. 1.60-2.60, Eier, Stück 0.10, Kartoffeln, neue Pfd. 0.15-0.25, Wurzeln, Bund 0.15, Spargel I, Pfd. 1.10-1.15, Spargel II, Pfd. 0.80-0.90, Spargel III, Pfd. 0.40-0.50, Weißkohl 0.35-0.40, Blumenkohl, Kopf 0.60-1.00, Karfchen, eingekochte, Pfd. 0.50, Spinat 0.25-0.30, Salat, Kopf, 0.05-0.10. Lebende Süßwasserfische: Schleie, Portionsschleie, Pfd. 1.50-1.80, Schleie, größere, Pfd. 1.50-1.80, Aal, große, Pfd. 1.60-1.80, Aal, mittel, Pfd. 1.20, Aal, kleine, Pfd. 0.70, Sechse, mittel, Pfd. 1.00-1.20, Hechte, große, Pfd. 1.00-1.20, Barfche, Pfd. 0.80-1.00, Mand, Pfd. 0.60, Krotangen, große, Pfd. 0.40, Krotangen, kleine, Pfd. 0.25. Salzwasserfische: Butt, größere, Pfd. 0.55, Butt, kleinere, Pfd. 0.35, Steinbutt, lebende (Dillsee) Pfd. 0.75-0.90, Steinbutt, lebende (Nordsee) Pfd. 1.25.



## Rundfunk-Programm

Hamburger Sender — Wellenlänge 995 Meter  
Aus „Der neue Rundfunk“, Funkzeitung des schaffenden Volkes  
Donnerstag, 17. Juni  
6.45 Uhr vorm.: Zeitangabe. — 5.30 Uhr vorm.: Wetterfunk. — 6.30 Uhr vorm.: Landwirtschaftliche Meldungen. — 6.50 Uhr vorm.: Letzte Drahtmeldungen. — 7.45 Uhr vorm.: 5 Minuten Recht und Unrecht (Dienstag). — 10.30 Uhr vorm.: Wetterbericht. — 12.10 Uhr nachm.: Außenwetterbericht. — 12.30 Uhr nachm.: Jantzen'sche. — 12.30-2 Uhr nachm.: Unterhaltungsprogramm. — 12.55 Uhr nachm.: Neuer Zeitgeist. — 1.10 Uhr nachm.: Schiffsfunk. — 2 Uhr nachm.: Bremer Wetterbericht. — 2.05 Uhr nachm.: Hauskonzert der Bremer Korog. — 2.45 Uhr nachm.: Funkbörse. — 3.35 Uhr nachm.: Zeitangabe. — 3.40 Uhr nachm.: Funkbörse. — 4 Uhr nachm.: Schiffsfunk. Luftverkehrs-meldungen. — 6 Uhr nachm.: Hamburg: Funkwerbung. — 6.30 Uhr abends: 2 Bremer Bericht. Kriminalbericht. Schiffsfunk-meldungen. — 6.25 Uhr abends: Bremen, Hannover: Funkwerbung. — 7.50 Uhr abends: Frucht- und Gemüsemarkt (nicht täglich). — 7.55 Uhr nachm.: Wetterfunk.  
4 Uhr nachm.: Hannover (für Hannover, Hamburg, Kiel und Bremen): Ur de Spinnrad. — 4.40 Uhr nachm.: Hamburg (für alle Norddeutschen): Maxarts Konzerte für Violin und Klavier. — 5 Uhr abends: Max Heber. Teatrongert der Kapelle des Hotel Adlon, Berlin. — 6.30 Uhr abends: Schule der Sprachen: Spanisch. — 7.10 Uhr abends: Wohlgeschmack bringt Bettesack. Von Geheimrat Prof. Dr. Neumann, Dr. Juhl. Hamburg. — 7.30 Uhr abends: Kiel (für Kiel, Hamburg, Bremen und Hannover): Der Norddeutsche Kanal. Vortrag von Oberlehrer Willy Reitel, Kiel. — 8 Uhr abends: Hamburg (für Hamburg und Kiel): Pölder Lüg. Schauspiel in drei Akten von Karl Krickeberg.  
Verantwortlich für Politik und Volkswirtschaft: Dr. Fritz Solmig.  
Für Freiheit Lübeck und Neuland: Hermann Bauer.  
Für Integrität: Carl Ludwig Hardt. Berleger: Carl Ludwig Hardt.  
Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten

## Adresskarten fertigt an Friedr. Meyer & Co., Lübeck

Johannisstraße 46

Wer probt der lobt

**Gailschen Kautabak**  
Fast in allen einschl. Geschäften zu haben  
**Fabriklager**  
**Ernst Sonderrmann, Lübeck**  
Marquardstraße 13 — Fernruf 2745 (7858)

## Preis-Ausschreiben für Lübecker Handwerker

Der Lübecker Handwerkerbund erläßt zur Erlangung eines Plakates für die Lübecker Handwerkerchau 1926 ein Preisauschreiben, zu dem alle Mitglieder des Lübecker Handwerkerbundes und die bei solchen beschäftigten Arbeitnehmer zugelassen sind.  
Die Bedingungen können in der Geschäftsstelle des Lübecker Handwerkerbundes, Breite Str. 40, I., abgeholt werden.  
Der Lübecker Handwerkerbund.

**Kartoffeln**  
Pa. Dpsto-date  
Ztr. 3.— Mt.  
Speise-Kartoffeln  
Ztr. 2.50 Mt.  
Futter-Kartoffeln  
la gesunde haltb. Ware  
Ztr. 2.25 Mt.  
sowie la Zubehör  
zum billigt. Tagespreis  
empfiehlt  
**Wih. Süke**  
Schwartauer Allee 46 a  
Tel. 8822 (7858)

**Fahrräder**  
erstkl. Marken  
II. Anzahlung  
j. Am. wöchentlich  
Spezialrad. u. 85 u. 90  
Fahrradhaus, Hanja  
Ernst Schmidt  
Wahmsir. 33 (7858)

**zum Bleichen-ohnegleichen**  
Sil gibt schneeweiße Wäsche in einfachstem Waschen, spart Seife und schont die Wäsche — Ohne Chlor.

## Wir und die Pflicht!

Von Max Meled-Gr. Grünau

Zwei köstliche Dinge hat sich die wandernde bewegte Jugend im jähren Kampf mit einer ganzen Welt errungen, ertrugt — die Freiheit — die Eigenheit. Sie wollte in Freiheit und Wahrheit aus innerer Verantwortung heraus ihr Leben selbst gestalten. So lautete das Bekenntnis wie es in der Meißnerformel verankert ist. So wollten sie leben und schufen sich eine Form, einen Lebensstil, eine eigene Kultur. Der Wirbelwind der Zeit segte darüber, das Leben erstarre — und heute? Ein feiner Kenner sagte einmal — unsere Jugend hat ein Wollen, eine Sehnsucht und — Probleme. Diese 3 Faktoren erfüllen die Zeit und den Menschen vollständig, jedoch für Laten und für den Alltag recht wenig übrig bleibt. Es ist eine starke aber auch berechtigte Kritik.

Wie kam das??? Die seine innere und äußere Freiheit wurde fessellosigkeit. Das Erleben des Jäh — der Eigenheit trennte sie von der Umwelt. Ihr Leben war ein Kult, der sich das Jäh als Götze erst, sie verloren den Kontakt mit der Umwelt. Berechtigte Spannungen zwischen jung und alt, zwischen Jugend und Partei, die körperlich und geistig bedingt sind, empfanden sie als riesige Klüfte. Statt gesunder Kritik kam Mörgelei oder Infrage. Darum müssen eben größere Ereignisse kommen, den Menschen aufzureißen und ins richtige Gleis bringen. Ein solches Ereignis ist Wahl — Volksbegehre. Hier tritt der rauhe harte Alltag an den Menschen heran, rüttelt ihn auf. Du, junger Mensch, du lebst nicht allein auf der Welt. Eine Erde mit Leid und Kampf, mit Aufgaben und Pflichten, mit Rechten und mit bitterer Not wartet auf dich. Beweise, ob du den Zeitgeist erfaßt hast, ob du Bürger — Weltbürger, Mensch — Prolet — Klassenkämpfer bist. Alles Hemmende, alles Trennende fällt, sobald dieses eine erkannt ist und dem Verbündeten, dem Gefährten, dem Genossen erwächst Liebe, Freundschaft, Gemeinschaft.

Vor kurzer Zeit hatte ich ein Erlebnis. Ich paddelte in einem Boot mit einem Mädchen zusammen. — — Wir wollten mal ein schneidendes Tempo vorlegen, sagte ich, und wir wuzelsten beide los. Aber — — aus dem Tempo wurde nicht viel; einer war dem andern im Wege. Ich versuchte jetzt nach den Takt eines Volksliedes zu paddeln — — aber — — es wurde auch nichts. So blieb mir weiter nichts übrig, als mich hübsch nach meinem Vorbildermann zu richten, nach dem Mädchen und nur — — kam die schneidige Fahrt.

Was soll dieses Erlebnis sagen? Es ist eine schlichte Wahrheit drin verborgen. — — der einzelne Mensch, auch der beste, ist an sich wertlos, und erst im Zusammenhang, in der Gemeinschaft wertvoll.

Wir nähern uns jetzt wieder einem großen Ereignis — — es ist der Volksentscheid über die Fürstenabfindung. Und hier heißt es, alle Mann an Deck — — klar zum Geleite — — wer nicht für uns ist, ist wider uns. Es kommt auf jeden einzelnen an. Klar werden muß jedem einzelnen die Lösung:

Bekanntnis leben, lernen mit dem Wollen machen oder alles Wollen auf den Misthaufen werfen. Konsequenz sein!

Das beste Rüstzeug für diesen Kampf bietet uns die Vergangenheit — die Geschichte — — aber gerade hier findet man bei dem Proletariat die Meinung: „Wir wollen der Zukunft leben — — mit uns beginnt ein neues Zeitalter; was ist uns die Geschichte.“ Hierin liegt die tiefe Tragik. Man kann und darf keine 3000 Jahre Geschichte ignorieren, übersehen, verachten — — und wer es tut, der muß bitter Lehrgeld geben. Wir müssen aus der Vergangenheit lernen, die Gegenwart erkennen — — und die Zukunft gestalten. Wir müssen uns geistiges Rüstzeug schaffen, müssen Lasten, Beweise, Geschichtsfassungen und klare Gedanken, wie wir die Zukunft gestalten wollen, aufspeichern. Für die Älteren, für Funktionäre und tätige Genossen erwächst hier eine große Aufgabe, gerade der Kleinrentner, der Kampf Mann gegen Mann ist wertvoll und gerade hier hapert es am meisten. Dieses anzuregen, Ausprechen über Theorie und Praxis, über Erfahrungen im Kleinkrieg in Schwung zu bringen ist der Zweck.

Nicht zählen wir den Feind, nicht die Gefahren all; der Bahn, der führen, folgen wir, die uns geführt lassen!

## Ein Wort an die Freunde der Jugend

Von Hedwig Wachenheim

Am Pfingsten war ich auf Burg Hohenzollern. Die Burg stand aus dem 13. Jahrhundert. Sie war ursprünglich ein Kreuzritterstift auf hohem Berg über der Pfalz des Grafen. 1543 fiel sie an die Wittener. Sie ist dann in die Verwendung des Staates übergegangen, diente Wintern und Beamten zum Aufenthalt, wurde 1859 Korrekzionsanstalt und 1919 Gefängnis für Männer.

Seit 1924 hat sie eine andere Aufgabe. Auf allen Wegen und Straßen zur Burg wandern kleinere und größere Scharen von Jugendlichen. Große Stimmen sagen durch den Wald. Auf dem Marktplatz von Hohenzollern, an dessen oberem Ende das Burgtor sich öffnet, kommt und geht Hunderte auf Fußklein. Was tragen sie das Zeichen der Turnerschaft, mal die Stadtlage einer Schule und am häufigsten den verstaubten roten Wimpel mit dem S. A. Z der Arbeiterjugend. Im Burghof drängen sich die Wanderer, fragen nach Quartier, nach Essen. Denn Burg Hohenzollern ist seit einem Jahre Jugendherberge. 1000 Jugendliche können täglich übernachten. Die alten Burgmauern sind noch ganz erhalten, trotz Brand im Dreißigjährigen Krieg, auch ein paar Türme und Buntstein aus der Renaissancezeit. Aber nun ist alles für den neuen Zweck hergerichtet. Schöne, kunstgerechte Räume, von denen aus der Blick weit ins Gebirge geht, ein feierlich-freudig weißer Saal, in dessen kunstgeprägten Behängen das Rot von Säulen und Park wiederholt. Hier findet die Jugend, losgelöst von der Wochenarbeit, die belebende Freude der Natur, die phantasiebezüglichen Stunden der Geschichte.

Es gibt an Deutschlands schönsten Stellen noch manche Burg, die wie Hohenzollern verwendbar wäre und zur Jugendherberge ausgebaut werden könnte. Viele von ihnen haben ein Schicksal, die Hohenzollern es einst hatte: Ritterburg, die dem nächsten Kaiser und dem wiedergrößeren Kaiser. Manche von ihnen verfielen den kleineren Kriegen und Grafen, andere fielen an die von Napoleon oder später medienzeitlichen und deposedierten Fürsten und Landesherren. Herrliche Schlösser haben die Hohenzollern in Schwaben, die Fürstenberg in Baden, die Erch und Trone in Westfalen. Andere fielen an die in Deutschland bis 1818 regierenden Fürstentümer. Sie gehörten ja in Wahrheit immer dem Staat, denn als regierende Fürsten haben die Hohenzollern und Wittelsbacher und Wettiner sie erobert und erworben, als Repräsentanten des Staates und Volkes benutzt. Nachdem es solche herrlichen Repräsentanten des Staates nicht mehr gibt, sollten die Schlösser fraglos in die Hände der Republik des Volkes übergehen. Die ehemaligen Fürstentümer aber beanspruchen die meisten Schlösser und Burgen für sich. Ausgerechnet in 3 Schlössern im Abzugsgebiet erhalten. Bei den

Auseinanderlegungen zwischen Preußen und den hohen 101-122 handelt es sich um Schlösser und Gärten im Werte von 568 Millionen Mark, um 80 Schlösser, von denen nur 14 im Grundbuch für den Staat eingetragen sind.

Beim Volksentscheid am 20. Juni wird auch über diese Schlösser entschieden. „Wir predigen nicht Haß den Reichen.“ Ein Dach über dem Kopf werden die Fürsten behalten. Aber müssen sie ein paar Duzend Schlösser für jede Familie haben?

Die Schlösser gehören dem Volk. In den meisten von ihnen werden Wohnungen nicht errichtet werden können. Wir sind die Reichen, die hohen Kunstwert vernichten wollen. Aber Glück und Freude, die ihre Kunst bietet, gehört dem Volke. Und wir haben an Hohenzollern gesehen, wie alte Burgen der Jugend eine Heimat sein können, ohne ihren mittelalterlichen Zauber und ihre Formenschönheit zu verlieren. 1925 haben 147 schiffliche Jugendherbergen 170 000 Liebernachtungen gehabt. Das ist eine schöne Zahl. Aber was bedeutet sie gegenüber den Hunderttausenden von arbeitenden Jugendlichen in Sachsen? Dürfen fernerhin die Burgen in den Wäldern und auf den Bergen leer stehen, eingezäunt und unbetreten, weil sie einem früheren Fürsten gehören, der sie nie benutzt, weil er außer Landes ist oder wohnfichere Räume hat, während wanderlustiger Jugend das Obdach fehlt. Darf das geschehen, nur wegen der sogenannten Heiligkeit des Eigentums? Oder soll nicht lieber von den Wäldern und Höhen, Kammern und Sälen das Jugendlied tönen: „Mit uns zieht die neue Zeit!“

Wer also für die Jugend ist, stimmt am 20. Juni mit „Ja“ für die Enteignung der Fürsten!

## Baumpruch

Ich wuchs empor, ich bin ein Baum, will Licht, will Luft, will großen Raum.

Auf hohen Berg bin ich gestellt, Regeweiser will ich sein der Welt.

\*

Ich wuchs herauf aus hartem Grund, nun greifen die Äste in weitem Rund.

Die Buzeln klammern tief umher, die reiht kein Sturm aus dem Boden mehr.

Aus eisernen Steinen laugen sie Kraft, in tausend Gliedern baut der Saft.

In dichten Ringen wächst mein Holz, Stamm, Äste, Wipfel reden sich Holz.

Es wölbt mein Laub sich hoch und schwer: Geballtes Fernziel, Keilermehr.

Spring an, du Sturm! reiht dich und hier! Ich bringe dir ins Herrschertier.

Die Buzeln eheh, die Landbrust breit: Ich bin das Leben, ich brauche den Streit.

Du willst mich brechen? Da, brich die Frucht! Wie sie weit aus mit deiner Wucht!

Du mußt mir dienen, Gewaltherr du! Die Frucht will Reichtum. So hilf zu.

Ich bin ein Baum aus hartem Land, mit Ästen, trotzig ausgepannt.

Ich trage mein Haupt mit kühnem Spahn, im Sturm gewachsen, im Sturm zu stahn.

Franz Diederich

## Woher stammen die Wörter „Streik, Boykott, Sozialismus, Proletariat“

Die deutsche Sprache ist sehr reich an Fremdwörtern, von denen sich viele bereits so eingelebt haben, daß wir sie gar nicht mehr entbehren könnten. Wenn wir diese Wörter aussprechen, kommt uns gar nicht mehr zum Bewußtsein, daß sie einer anderen Sprache entnommen sind.

Aber wenn wir ihrer Herkunft nachgehen, so vermögen uns diese Wörter manches Interessante zu erzählen. Schauen wir uns einmal einige davon, die in der Arbeiterbewegung eine große Rolle spielen, näher an.

### Streik und Boykott

Täglich hören und lesen wir diese Worte. Ihre Heimat aber liegt fern von uns. Sie stammen aus England.

Streiken kommt vom englischen „to strike“ (streifen) und bedeutet „die Arbeit niederlegen“. Davon wurde dann das Hauswort: der „Strike“ (Streik) gebildet und dieser Ausdruck wurde seit etwa 1830 in England für Arbeitsseinstellungen gebraucht. In den letzten Jahren bürgerte sich dieses Wort auch in Deutschland ein. Zuerst wurde es nach englischer Orthographie „Strike“ geschrieben, und dann auch von den Arbeitern wie Strike ausgesprochen. Während des Streiks der Zimmerer in Berlin im Jahre 1868 hieß es es darum auch in einem Lied, die Frauen —

„brauchen sich nicht mehr mit Striden zu quälen, jetzt streiken ja gar schon die Zimmergeleuten.“

Boykott hieß ein Engländer, der um das Jahr 1879 Bewalter auf den Gütern eines Grafen in Irland war. Durch seine Härte und Grausamkeit gegen die Pächter des Grafen zog er sich den Haß des ganzen Landes zu. Knapp vor der Ernte kündigten ihm alle Arbeiter und Dienstboten. Kein Fuhrwerksbesitzer wollte für ihn fahren, kein Bäcker und kein Fleischer verkaufte ihm die nötigen Lebensmittel. Alle Hotelbesitzer weigerten sich, ihm Unterkunft zu geben, ja sogar die Irische Eisenbahngesellschaft lehnte es, sein Vieh zu befördern. So wurde Boykott schließliche gezwungen, das Land zu verlassen.

Seitdem wurde der Ausdruck „boykottieren“ (boykottieren) für Beroersparnisse meist in Irland und England üblich und später auch auf dem Festlande allgemein gebräuchlich.

Warum aber hat sich die Arbeiterklasse die Ausdrücke für ihren täglichen Kampf aus der Fremde angeeignet?

Wenn wir einen Blick auf die Geschichte der Fabrikarbeiterhaft werfen, wird uns das begrifflich werden. In England bildete sich früher als in anderen Ländern ein Fabrikproletariat. Denn dort wurden die ersten Maschinen erfinden und angewendet. Dort entstanden zuerst riesige Fabriken, in denen an den Maschinen Tausende von Männern, Frauen und Kindern fürchterlich ausgebeutet wurden und ungeheure Reichtümer für die Kapitalisten ergaben.

Wollen die Arbeiter nicht elend zugrunde gehen, dann mußten sie sich zum energischen Kampf gegen die Kapitalisten aufzumachen. So entstanden in England zuerst mächtige Gewerkschaften, die zum Boykott — uhen für die Arbeiter aller Lan-

der. Von ihren Lehrmeistern im Kampfe um höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit haben die Arbeiter der anderen Länder auch die Namen für diese Kampfmittel übernommen.

### Sozialismus

Dieses Wort stammt aus dem Lateinischen, der Römersprache „Socius“ hieß im Lateinischen; der Genosse, der Gefährte. Von abgeleitet ist das Eigenschaftswort „socialis“ = gesellschaftlich. Aus diesem wurden dann die Worte „Sozialist“ und Sozialismus gebildet. Diese Wörter gab es aber zur Zeit der alten Römer noch nicht, und wir dürfen aus diesen Wörtern nicht etwa den Schluß ziehen, daß wir die Ideen des Sozialismus von den alten Römern übernommen haben, ähnlich, wie wir vieles an dem gewerkschaftlichen Kampf von den Engländern gelernt haben.

Wohl tauchte auch schon unter den Griechen und Römern die Idee auf, daß das Privateigentum schädlich sei und beseitigt werden müsse. Aber die Männer, die diese Ansicht vertraten, nannten sich nicht Sozialisten, und ihre Anschauungen unterschieden sich sehr wesentlich von den unseren, wie wir aus den „Vorläufern des Sozialismus“ von Karl Kautsky lernen können. Der moderne Sozialismus, der das Privateigentum an den Arbeitsmitteln abschaffen will, ist so alt wie der Kapitalismus und mit diesem untrennlich verknüpft. Darum wurde das Wort „Sozialist“ auch zuerst in dem Geburtslande des Kapitalismus, in England gebraucht. Es tauchte zum ersten Male im November 1827 in einem englischen Blatt auf. Das Wort „Sozialismus“ kam in Frankreich auf, wo der Kapitalismus sich auch früher als in Deutschland und Österreich entwickelte.

Das Wortchen Sozialist finden wir auch in dem Worte Sozialdemokratie wieder. Demokratie kommt aus dem Griechischen und heißt Volksherrschaft. Im alten Griechenland, in Athen, finden wir auch die erste ausgebildete demokratische Verfassung.

### Proletariat

Auch dieses Wort stammt aus dem Lateinischen. Aber im Gegensatz zu dem Wort „Sozialismus“ wurde es schon von den Römern gebraucht. „Proletarius“ = „Proletarier“ ist abgeleitet von dem Wort „proles“, das „Nachkommenchaft“ bedeutet. Proletarier wurden im alten Rom nur die genannt, die so arm waren, daß sie keine Steuern zahlen konnten und daher dem Staate gewissermaßen nur dadurch dienten, daß sie Kinder und damit neue Staatsbürger in die Welt setzten. Im alten Rom brauchten nämlich die, die keine Steuern zahlen konnten, ganz im Gegensatz zu unserer Zeit, auch keinen Kriegsdienst zu leisten.

Die Bezeichnung „Proletarier“ für den modernen Fabrikarbeiter kam durch den französischen Sozialisten Saint-Simon und seine Schüler in den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts auf und drang bald in alle anderen kapitalistischen Länder ein.

Aber die Lage des modernen Fabrikproletariats und seine Bedeutung für Wirtschaft und Staat ist durchaus verschieden von der des römischen „proletarius“.

Die römische Wirtschaft beruhte auf der Sklaverei, die freien Arbeiter spielten eine ganz geringe Rolle. Das römische Heer war in ältester Zeit ein Bauernheer, später wurde es ein Soldatenheer, das immer mehr aus Ausländern, besonders Germanen, zusammengesetzt war. Die bestklosten Proletarier, die sich in der Stadt Rom anammelten, lebten zum größten Teil nicht von ihrer Hände Arbeit, sondern sie wurden auf Staatskosten gespeist. Denn sie waren stimmberähigt zur Wahl der Beamten, und diese Beamten wollten sich die Stimmen der Proletarier für die nächste Wahl erhalten. Über diese Leute fanden ihren Unterhalt bei einzelnen reichen Römern. Dafür begleiteten sie die vornehmen Herren, so oft sich diese auf die Straße begaben. Denn die Großgrundbesitzer, die in Rom von den Reichthümern, die ihnen ihre Sklaven auf fernem Landgütern erarbeiteten, ein luxuriöses Leben führten, überholten einander durch die Größe des Gefolges, mit denen sie an öffentlichen Orten auftraten.

Die römischen Proletarier waren meist Schmarotzer, sie glichen mehr unseren Lumpenproletariats, und das ständige Anwachsen dieses Proletariats hat zum Untergang des Römers mit beigetragen.

Das moderne Proletariat aber ist heute die wichtigste Klasse im Staate. Die Proletarier sind es, die allen Reichtum schaffen, auf ihrer Arbeit beruht unsere Kultur.

Alle Räber stehen still, Wenn Dein starker Arm es will!“

ruft der Dichter dem Proletariat zu. Der ursprüngliche Sinn des Wortes „Proletariat“ als Bezeichnung für einen, der nur durch seine Nachkommenchaft dem Staate dient, hat also heute keine Bedeutung ganz verloren, denn der Proletarier ist heute der, der am allermeisten für Staat und Gesellschaft leistet.

Aber seit Marx und Engels im kommunistischen Manifest den Arbeitern zuriefen: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ ist der Name Proletarier zum Ehrennamen geworden, den jeder klassenbewußte Arbeiter mit Stolz führt.

## Das Mädel in der Bewegung

Wir sind Arbeiterjugend, eine Gemeinschaft junger Menschen. Wir verstehen es, dem Leben schöne Seiten abzugewinnen. Wir lieben Schönheit und finden den Weg zur Freude. Wie ist es doch herrlich, wenn wir des Sonntags durch Feld und Wald streifen! Auf buntem Wiese wird gespielt und getanzt; am Abend ziehen wir wieder froh nach Hause, denn wir haben neue Kraft gesammelt für den Kampf im Alltag. Wir sind ja alle Proletarierkinder. Wir müssen vom Verkauf unserer Arbeitskraft leben.

Aber wir haben erkannt, daß wir ausgebeutet werden; das ist ein Unrecht, das wollen wir nicht dulden. Wir erstreben darum eine neue Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, in der wir als Menschen leben können.

Nun sagen viele Leute: „Gute Ziele sind gut, sie aber zu verwirklichen, das laßt Arbeit der Jungens sein. Das Mädel gehört in das Haus an den Herd; nur dort ist ihr Platz.“

Wir Mädel aus der Arbeiterjugendbewegung nehmen hierzu eine andere Stellung ein. Das erklärt sich auch schon daraus, daß ja auch das Mädel heute mitten im Erwerbsleben steht. Soll das Mädel nicht auch ein Recht haben, mitzuarbeiten am Befreiungskampfe der Arbeiterklasse vom kapitalistischen Joch? Der Befreiungskampf kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein, und zur Arbeiterklasse zählen auch wir Mädel. Auch wir wollen den Tempel des Sozialismus bauen helfen, Seite an Seite mit unseren Jungen.

Arbeit sei uns Erfüllung selbstauferlegter Pflicht; alle Menschen haben das Bedürfnis, sich zu betätigen; diese Arbeit wollen wir gern verrichten, wenn wir wissen, daß wir damit der menschlichen Gesellschaft dienen.

Wie kommt es nur, daß viele Mädel wohl wissen, wofür wir kämpfen, und dennoch mit ihrer Listkraft zurückstehen? Es liegt wohl daran: Das Mädel glaubt zu wenig an seine eigene Kraft; in vielen Mädeln ruht noch schlummernde Kraft, die wachgerüttelt werden muß. Uns alle muß ein heiliger Glaube an unsere Sache, an unseren Sieg befehlen: nur dann können wir den Tempel des Sozialismus in seiner vollen Größe und Schönheit aufbauen.

Wer glaubt, siegt!

Centa Rothweiler, Mannheim.